

1. BAYERISCHES INFRASTRUKTURFORUM:

PASSGENAUE LÖSUNGEN

RUND 180 TEILNEHMER BEI GZ-FACHVERANSTALTUNG IN MÜNCHEN

Die kommunale Infrastruktur im Freistaat steht vor großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Insbesondere Schwerpunkte wie kommunaler Hoch- und Tiefbau, Leitungsinfrastruktur und Kommunalstraßen sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren optimale Finanzierung müssen beleuchtet werden. Auf dem 1. Bayerischen InfrastrukturForum der Bayerischen GemeindeZeitung in München fanden über 180 Besucher aus den bayerischen Kommunen exakt die auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote. Zudem bot die Veranstaltung einen ausgezeichneten Rahmen für den Beitritt der Bayerischen GemeindeZeitung zur Bayerischen Klimaallianz.

Die in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes stattfindende Veranstaltung, kompetent moderiert von Andrea Bräu (BR), konnte knapp 30 Partner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller für sich gewinnen. Die hochkarätigen Referenten boten den Besuchern wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

Als „unendlich facettenreich“ bezeichnete GZ-Verlegerin Theresa von Hassel in ihrer Begrüßung das Thema Infrastruktur: „Es geht um digitale Infrastruktur, um Infrastruktur für die Energieversorgung, es geht darum, eine Infrastruktur zu schaffen, die gleichwertige Lebensqualität in allen Regionen unseres Flächenstaates ermöglicht, um die Finanzierung dieser vielfältigen Formen von Infrastruktur

und deren politische und rechtliche Rahmenbedingungen und es geht darum, die Bürger bei der Gestaltung einer sinnvollen und nachhaltigen Infrastruktur mit ins Boot zu holen.“ „Wenn diese vielfältig verflochtene Infrastruktur in einem ganzheitlichen Ansatz sinnvoll und nachhaltig ist, dann ist Infrastruktur Lebensqualität“, betonte von Hassel.

INFRASTRUKTUR IST LEBENSQUALITÄT

„Infrastruktur ist der Beginn von Allem“, hob der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbands, Thomas Schmid, in seinem Grußwort hervor. Momentan befinde sich Deutschland in einer Situation, „wo wir uns noch einmal prinzipiell über die Mög-



Staatsministerin Ulrike Scharf.

lichkeit einer neuen Infrastruktur unterhalten müssen, weil wir große Herausforderungen zu schultern haben.“ Wege, wie Kommunalpolitiker und Privatinvestoren diese Herausforderungen bewältigen können, zeigte das

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck sowie die Vorträge – soweit sie freigegeben wurden – und die Links zu den Ausstellern stehen unter www.bayerisches-infrastrukturforum.de zum Download bereit.

GZ-InfrastrukturForum auf „und deswegen haben wir sehr gerne unser Haus zur Verfügung gestellt“.

„Es gibt viel zu besprechen, aber vor allem muss entschieden werden“, bemerkte Schmid. Bürokratische Abläufe, Auftragsvergaben und langwierige Genehmigungsverfahren müssten massiv beschleunigt werden. „Es geht darum, möglichst bald, möglichst schnell und kostengünstiger bauen zu können.“ Dazu müssten sich die politisch Verantwortlichen in Berlin aus Sicht des bbiv allerdings noch mehr bewegen.



Umweltministerin Ulrike Scharf (3. v. l.) beglückwünschte die GZ zum Beitritt zur Bayerischen Klima-Allianz. Unser Bild zeigt außerdem Landrat a.D. Hermann Steinmaßl (l.), bbiv-Geschäftsführer Thomas Schmid (r.) sowie die GZ-Verlegerinnen (v. l.) Anne-Marie, Theresa und Constanze von Hassel.



FABIAN BÖTTGER / HENDRICKS & SCHWARTZ:

FRÜHZEITIGER DIALOG UND BÜRGERBETEILIGUNG

Die Protestbereitschaft gegen Infrastrukturprojekte ist heute überraschend hoch, konstatierte Project Manager Fabian Böttger. Der Aussage „Wenn in meiner Umgebung ein Großprojekt wie ein Flughafen oder ein Kraftwerk gebaut werden sollte, würde ich mich dagegen engagieren“, stimmten im Jahr 2011 30 % der Befragten des Meinungsforschungsinstituts Dimap voll und ganz zu. Dagegen gaben nur 12 % an, diese Äußerung „voll und ganz abzulehnen“.

An den Beispielen Pumpspeicher Jochberg, geplante HGÜ-Leitung im Korridor D (Süd-Ost-Trasse), Ausbau B15 neu und 3. Startbahn Flughafen München machte Böttger deutlich, wie real Bürgerproteste heute bereits sind und



Fabian Böttger.

wie die Bedeutung des Themas zugenommen hat. Die Motive für die Ablehnung von Projekten sind vielschichtig: Neben dem NIMBY (Not in my back yard)-Effekt stehen die eigene Gesundheit, Umweltfolgen, die Kostendimension, der Vertrauensverlust gegenüber Politik und Vorhabenträgern, Defizite in der Kommunikation, das Gefühl mangelnder Einbindung, Egoismus sowie mangelnder Sinn für das Gemeinwohl im Vordergrund.

„Dementsprechend ist der frühe Dialog- und Beteiligungsprozess von Politik, Verwaltung und Bürgern gefordert“, erläuterte Böttger. Bei diesem informellen Prozess müsse der Bürger als Teil der Stakeholderlandschaft – bestehend aus Politik und Behörden, NGO und Bürgerinitiativen, Medien, Wissenschaft, Unternehmen und Wirtschaftsverbänden –, in der Vorplanung beteiligt werden, solange noch Spielräume bestehen. Es gelte, Sinn und Zweck des

Projekts zu erklären, „bevor eine Begründung zur Rechtfertigung wird“.

AUFKLÄREN, EHE ÄNGSTE KOMMEN

Zudem müsse über Auswirkungen auf Mensch und Umwelt aufgeklärt werden, bevor Ängste aufkommen. Auch seien Themen zu identifizieren, die Bürgern wichtig sind. Ferner müsse gezeigt werden, dass hinter dem Projekt Menschen stehen und es sei notwendig, eine sachliche Gesprächsebene zu finden, bevor der Bürger sich ungehört fühle. Schließlich sei das Augenmerk darauf zu richten, die Glaubwürdigkeit des Vorhabenträgers aktiv zu entwickeln – und zwar schon vor die Planung abgeschlossen ist.

Als strukturierten Dialogprozess in vier Schritten – Planung, Vorbereitung, Umsetzung, Dokumentation – bezeichnete Böttger Dialog und Bürgerbeteiligung in der Praxis. Echte Beteiligung sei nur sinnvoll, wenn Einflussmöglichkeiten bestehen. Auch sei eine Analyse der Stakeholderlandschaft unerlässlich, wobei in folgende Stakeholder-Gruppen unterschieden

wird: 1. aktivierbare Befürworter, 2. aktive Gegner, 3. ruhiges Negativpotenzial, 4. schlafendes Potenzial.

Für verschiedene Beteiligungsformen gibt es Böttger zufolge unterschiedliche Formate wie die Veranstaltung zur Information, den Infomarkt für den Dialog, die Projektwerkstatt und Runde Tische, um Lösungen zu erarbeiten sowie die Online-Beteiligung als Ergänzung zum persönlichen Dialog. Entscheidend für die Beteiligung seien die Motivation der Bürger und ein transparentes Erwartungsmanagement. Bei all diesen Punkten habe Glaubwürdigkeit oberste Priorität. Bei der Erstellung von Informationsmaterialien gab Böttger den Ratschlag, eine einfache und sachliche Sprache zu verwenden, komplexe Projekte und technische Sachverhalte zu erklären und das Projekt zu visualisieren.

Fazit: Vielfach stellt sich heute nicht mehr die Frage des „ob“, sondern nur des „wie“. Ein frühzeitiger persönlicher Austausch und Kontakt schafft Vertrauen und stärkt die Glaubwürdigkeit des Vorhabenträgers. Vorbehalten und Ängsten kann frühzeitig begegnet werden, bevor Emotionen den sachlichen Dialog nicht mehr zulassen. Bürger fühlen sich frühzeitig einbezogen, was den sachlichen Dialog fördert und Akzeptanz schafft.

Durch die Berücksichtigung von Themen und Hinweisen bereits in der Vorplanung kann die Zahl der Einwendungen in den formellen Verfahren reduziert werden. Die Einbeziehung aller Stakeholder kann das Risiko von Verzögerungen durch Klagen gegen Genehmigungen bzw. ein Scheitern des Projekts vermindern. Letztlich ist der Dialog nur dann ein Erfolgsfaktor, wenn er professionell durchgeführt und durch alle Projektphasen, von der Vorplanung bis zur Umsetzung, geführt wird. ■

DR. WERNER WEIGL / BAYERISCHE INGENIEUREKAMMER-BAU:

NACHHALTIGKEIT IN DER KOMMUNALEN INFRASTRUKTUR

Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur ist der Allgemeinheit oft nicht bekannt. Vielfach werden deren Erhalt und Unterhalt vernachlässigt, bis oft nur noch Ersatzneubauten möglich sind. Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau will die Verantwortung des Ingenieurs, als Vertreter des Bauherrn und der Planer, auch in diesem Bereich stärker in das Licht der Öffentlichkeit rücken, erklärte Vorstandsmitglied Dr.-Ing. Werner Weigl.

Nachhaltiges Handeln, Bauen und Gestalten ist derzeit eines der wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Ziele. Bislang wurden Bauwerke der kommunalen Infrastruktur im Wesentlichen nur nach wirtschaftlichen Ge-

sichtspunkten geplant und ausgeführt. Geplante und neu zu errichtende Bauwerke sollen nun aber – unter Berücksichtigung der Aspekte der Nachhaltigkeit – ökologisch verträglich, ökonomisch vertretbar und soziokulturell aner-

kannt sein sowie die erforderliche funktionale Qualität aufweisen.

In der Immobilienwirtschaft und dem Hochbau ist das Thema Nachhaltigkeit mittlerweile allgegenwärtig, es stehen Konzepte zur Verfügung, die eine einheitliche und nachvollziehbare Nachhaltigkeitsprüfung ermöglichen. Im Bereich der kommunalen Infrastruktur befindet man sich noch in den Anfängen.



Dr.-Ing. Werner Weigl.

Nachhaltigkeit bedeutet, mit unserem Handeln auch für künftige Generationen die gleiche Qualität und Quantität der natürlichen Ressourcen zu erhalten. Alle Maßnahmen sind an ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien auszurichten.

Nach Weigls Ausführungen werden der kommunalen Infrastruktur folgende Einrichtungen zugeordnet: Bauwerke der Wasserwirtschaft (Wasserversorgung, Abwasserableitung, Abwasserbehandlung, Hochwasserschutz) sowie Verkehrsanlagen (Ingenieurbauwerke - z. B. Brücken, Stützwände und Tiefgaragen, Verkehrswege, Anlagen des Öffentlichen Personennahverkehrs).

GEMEINSAME BEWERTUNGSEINHEIT

Die Definition „nachhaltige Planung“ ist auf die Bewertung der Nachhaltigkeit über eine gemeinsame „Bewertungseinheit“ angewiesen. Sinnvoll erscheint es, die entstehenden Kosten über den gesamten Lebenszyklus in Euro/Jahr als mögliche Vergleichseinheit auszudrücken. Definition und Bewertung von Nachhaltigkeit erfolgen anhand folgender Kriterien: Festlegung des geplanten Lebenszyklus, Bedarfsermittlung, Berücksichtigung von Erweiterungsmöglichkeiten, Bewertung der Kosten über alle Lebensphasen des Bauwerks (Herstellung, Unterhalt, Rückbau, Ökobilanz), Materialauswahl.

NACHHALTIGKEIT, ERLÄUTERT AM BEISPIEL EINER KLÄRANLAGE

Mit dem Umbau der Kläranlage Bad Abbach wurde ein Projekt verwirklicht, das für andere Kommunen ein Wegweisendes Beispiel sein kann. Das Pilotvorhaben „Energetische Optimierung der Kläranlage Bad Abbach durch Nachrüstung einer anaeroben Klärschlammbehandlung“ konnte 2015 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. An dem Projekt, das durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz mit 50 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert wurde, beteiligten sich zahlreiche Vertreter aus Umweltverwaltung und Wissenschaft sowie private Fachplaner.

Bislang wurde für Kläranlagen mit einer Ausbaugröße von unter 20.000 Einwohnerwerten im Regelfall eine aerobe Abwasserbehandlung durchgeführt. Bei dem aeroben Verfahren muss mit hohem Energieaufwand der Klärschlamm belüftet werden, um Sauerstoff für den Abbauprozess durch die Bakterien bereitzustellen. Die intensive Belüftung muss erfolgen, bis der Klärschlamm ausgefault ist.

Im Gegensatz dazu kann der Klärschlamm auch anaerob, d.h. unter Ausschluss von Sauerstoff, behandelt bzw. ausgefault werden. Dabei entstehen Gase, die wie bei einer Biogasanlage zur Energieerzeugung genutzt werden können. In Bad Abbach wurden die Nachrüstung und der Betrieb einer solchen anaeroben Anlage bei einer Ausbaugröße der Kläranlage von rund 10.000 Einwohnerwerten erprobt. Die Ergebnisse des Projektes zeigen, dass eine Umrüstung auf eine anaerobe Schlammstabilisierung mit energetischer Faulgasnutzung für Kläranlagen im Bereich zwischen 8.000 bis 15.000 Einwohner durchaus eine interessante Option darstellt.

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen durch eine Verringerung der jährlichen Stromkosten ergibt sich auch eine positive Ökobilanz, da im Vergleich zu einer herkömmlichen Kapazitätserweiterung auf der Kläranlage Bad Abbach ca. 128 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden können.

Die Erkenntnisse aus Bad Abbach können nun auch für andere Kläranlagen genutzt und übertragen werden. ■

DR.-ING. RAINER BAUER / STMFLH:

DIGITALE INFRASTRUKTUR FÜR DEN FREISTAAT

Eine leistungsfähige, flächendeckende Internetversorgung - vor allem auch in den ländlichen Regionen Bayerns - ist ein zentrales Anliegen der Bayerischen Staatsregierung. Deswegen wurde nach der Übernahme der Verantwortung vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat im Oktober 2013 intensiv an einer Verbesserung der Breitbandförderung für die bayerischen Kommunen gearbeitet, stellte Ministerialdirigent Dr.-Ing. Rainer Bauer fest.

Die nun seit Juli 2014 geltende verbesserte Förderrichtlinie bietet die große Chance für Kommunen, sich für die digitale Zukunft zu rüsten. Der Freistaat Bayern verfügt über ein deutschlandweit einmaliges Breitband-Förderprogramm und stellt bis zu 1,5 Mrd. Euro für den Ausbau schnellerer Internetverbindungen bereit. Der Fördersatz kann dabei bis zu 90 Prozent betragen.

Ausbauziel sind 50 Mbit/s, jeder Anschluss im Erschließungsgebiet muss zumindest mit 30 Mbit/s versorgt werden. Die Gemeinden können auch höhere Bandbreiten fordern und erhalten und damit - beispielsweise in Gewerbegebieten oder sonstigen Gewerbestandorten - einen Glasfaserausbau bis in die Gebäude (FTTB) erreichen. Viele Gemeinden nutzen bereits diese Möglichkeit, in besonders zukunftssichere Technologien zu investieren.

Über 50 % der Kommunen schreiben mittlerweile 100 - 300 Mbit/s aus.

Seit Ende 2013 bis Mitte 2015 hat sich die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen in ländlichen Gemeinden von unter 16 % auf 30 % annähernd verdoppelt. Insgesamt profitieren damit 800.000 bayerische Haushalte mehr von schnellem Internet als noch vor zwei Jahren.

MOTOR DES BREITBANDAUSBAUS SIND DIE KOMMUNEN

Motor des Breitbandausbaus sind die Kommunen. Diesen stehen die Breitbandmanager - ein Berater je Landkreis am jeweils zuständigen Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung - beratend zur Seite. Das Bayerische Breitbandzentrum Amberg koordiniert die Beratung bayernweit und ist Ansprechpart-



ner für die Netzbetreiber, planende Ingenieurbüros, Breitbandmanager und Kommunen.

BAYERISCHE ERFOLGSBILANZ

Bauer wies auf die Erfolgsbilanz des Breitbandausbaus in Zahlen hin: 94 Prozent aller bayerischen Gemeinden sind im Förderverfahren, 940 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten, insgesamt wurden

Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse hat auch die Initiative Bayern WLAN im Blick. Der Freistaat Bayern soll bis 2018 mit einem engmaschigen Netz von kostenfreien WLAN-Hotspots überzogen werden. Bereits im vergangenen Jahr richtete das Finanzministerium die ersten Hotspots an 100 Standorten im Bereich des Finanzressorts ein: Eine staatliche Behörde in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt, zehn



Dr.-Ing. Rainer Bauer.

bereits 345 Millionen Euro Fördersumme zugesagt (Stand: März 2016).

NEUES BUNDESFÖRDERPROGRAMM

Bis 2018 sollen alle deutschen Haushalte mit mindestens 50 MBit/s schnellen Internetanschlüssen versorgt werden. Hierzu wurde 2015 ein Bundesförderprogramm gestartet. Den Netzausbau will die Bundesregierung mit 2,7 Milliarden Euro unterstützen, wobei der Bund in der Regel 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten übernehmen soll. Über eine mögliche Kofinanzierung durch den Freistaat wären maximal 90 % erreichbar. Der Höchstbetrag an Bundesförderung liegt bei 15 Millionen Euro pro Projekt.

SCORING-MODELL ALS GRUNDLAGE FÜR DIE AUSSCHÜTTUNG

Als Grundlage für die Ausschüttung von Fördergeldern dient ein Scoring-Modell, mit dem bis zu 100 Punkte gesammelt werden können. Besonders hoch gewichtet es die rechtzeitige Fertigstellung des Projekts bis 2018, die durchschnittlichen Kosten pro Anschluss sowie die Bevölkerungsdichte im Zielgebiet. Gemeinden, die interkommunal zusammenarbeiten, können besonders viele Scoring-Punkte erzielen, so Bauers Hinweis.

Schlösser und Burgen, sowie zusätzlich 15 Schiffe der staatlichen Seenschifffahrt erhielten einen Hotspot.

Das Netz aus frei zugänglichen Hotspots wird kontinuierlich verdichtet. Alle geeigneten staatlichen Behörden und kommunalen Standorte sollen mit freiem WLAN ausgestattet werden. So entsteht ein enges Netz an 5.000 Standorten in ganz Bayern mit über 10.000 Zugangspunkten.

WLAN-ZENTRUM IN STRAUBING

Koordiniert wird der Aufbau des Bayern WLAN durch ein WLAN-Zentrum in Straubing, das die Kommunen vom Antrag über die Planung bis zur Umsetzung berät und betreut. Das Zentrum ist einheitlicher Ansprechpartner für die Kommunen. Diese stellen ihre Standorte für die Erschließung mit Hotspots zur Verfügung. Welcher Standort das ist, kann der Bürgermeister vor Ort frei entscheiden. Die Kommune gestattet die Anbringung der Accesspoints und trägt die Betriebskosten. Der Freistaat übernimmt die Kosten für die Ersteinrichtung. Insgesamt investiert er für den Ausbau in den Kommunen rund zehn Millionen Euro.

Für Bürger, die das freie WLAN nutzen wollen, sind keine Passwörter oder Anmeldeda-

ten erforderlich. Ein nach den Vorgaben der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien installierter Jugendschutzfilter sorgt dafür, dass illegale Webseiten nicht angesurft werden können.

EUROPAWEITE AUSSCHREIBUNG

Die für den flächendeckenden Aufbau und Betrieb notwendige Struktur wird im Rahmen der Bayerischen Kommunikationsnetze „BayKOM“ durch eine europaweite Ausschreibung geschaffen. Gegenstand der Ausschreibung (im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb) ist die Beschaffung der in „BayKOM 2017“ zusammengefassten Telekommunikations- und Netzbetreiberdienstleistungen für die Dienststellen und Einrichtungen des Freistaates Bayern sowie öffentlich-rechtliche Institutionen im Freistaat.

AUFTRAGGEBER IST DER FREISTAAT

Auftraggeber ist der Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Das Vergabeverfahren wird von der Zentralen Vergabestelle des Bayerischen Landesamtes für Steuern durchgeführt. Dieses Verfahren teilt sich in die Leistungsbereiche (Lose) Bayerisches Behördennetz und zentraler Internetzugang, freies WLAN, Mobilfunk sowie Telefonie & Internet auf.

BAYERISCHES E-GOVERNMENT-GESETZ

Der für die Digitalisierung erforderliche Rechtsrahmen wurde mit dem Bayerischen E-Government-Gesetz geschaffen. Es gilt für die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Bayern, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Das Gesetz regelt die rechtlichen Voraussetzungen für eine effektive, bürger- und unternehmensfreundliche digitale Verwaltung in Bayern. Gleichzeitig zielt es auf den Ausbau des eGovernments auf allen Verwaltungsebenen und für alle Verwaltungsdienstleistungen im Freistaat Bayern ab.

KLAR UMRISSENE RECHTE FÜR DIE BÜRGER

Erstmals werden klar umrissene Rechte für Bürger und Unternehmen in der elektronischen Verwaltung festgelegt, insbesondere in Bezug auf den Zugang zur elektronischen Kommunikation, elektronische Identifizierung, elektronische Verfahrensabwicklung, elektronisches Bezahlen und elektronische Rechnungstellung.



Jetzt neues Förderdarlehen und Zuschüsse sichern!

Exklusive Wohnraumförderung für Bayerische Kommunen

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) unterstützt der Freistaat Bayern zusammen mit der BayernLabo Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere Informationen unter

► www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB

 **Bayern Labo**



DR. JOSEF WALLNER / BAYERISCHER BAUINDUSTRIEVERBAND:

SCHNELL BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Seit geraumer Zeit besteht in Deutschland ein großer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Durch die Flüchtlingswelle hat sich diese Herausforderung am Wohnungsmarkt noch verschärft. Neben der Bereitstellung vorläufiger Unterkünfte kommt es jetzt darauf an, baldmöglichst auch Wohnraum für die dauerhafte Unterbringung zu schaffen. Gleichzeitig muss schon heute die Infrastruktur für den neuen Wohnraum geplant und gebaut werden. Zur umsichtigen Planung zählen die Themen Verkehrsanbindung, Wasser/Abwasser und die Energieversorgung, betonte der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Dr. Josef Wallner.

Bayerische Bauindustriunternehmen haben Lösungen entwickelt, wie man den enormen Wohnungsbedarf bewältigen kann. Industrielle Bauweisen ermöglichen ein effizientes Vorgehen durch einen verkürzten Planungs- und Bauprozess. Zugleich ergibt sich dadurch eine Kostensenkung bei hoher Bauqualität. Schnell, flexibel und innovativ – so lassen sich die Ansätze der Bauindustrie charakterisieren,

kraft bauindustrieller Bauweisen auszuschöpfen. Hierzu hat die Bayerische Bauindustrie folgende fünf Lösungsvorschläge vorgelegt: 1. Bauland schaffen, Genehmigungsverfahren beschleunigen, 2. Vergabeverfahren und Vertragsgestaltung vereinfachen, 3. Rechtliche Standards senken, 4. Kostensenkungspotenziale ausschöpfen, 5. Vorteile industrieller Bauweisen nutzen.



Moderatorin Andrea Bräu und Dr. Josef Wallner.

mit denen sie Städte und Kommunen dabei unterstützt, Baumaßnahmen in das bestehende städtebauliche Umfeld einzubetten und dadurch die Integration der Menschen zu erleichtern.

Dabei ist die Bayerische Bauindustrie allerdings auf die pragmatische Unterstützung der Politik angewiesen. Die große Aufgabe ist nur zu bewältigen, wenn in den Bestand und in den Neubau öffentliches und privates Kapital fließen. Voraussetzung dazu sind attraktive steuerliche Anreize. Die Genehmigungsverfahren müssen drastisch verkürzt und die Auflagen auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden. Insbesondere müssen die Vergabeverfahren schnelles industrielles Bauen zulassen.

Um die gegenwärtigen Herausforderungen anzupacken, gilt es, ausgewählte rechtliche Verfahren und Standards kritisch zu prüfen und zu hinterfragen sowie die Innovations-

folgende Punkte können die Genehmigungsverfahren beschleunigen:

- Beschleunigtes Aufstellen von Bauleitplänen für den sozialen Wohnungsbau
- Lockerung des § 35 BauGB (Bauen im Außenbereich)
- Keine Anwendung bzw. Lockerung des § 17 BauNVO (Obergrenzen für die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung)
- Typengenehmigung für standardisierte Unterkünfte
- Allgemeine baurechtliche Zulassungen
- Gutachterliche Stellungnahmen für Bestimmungen im Einzelfall
- Genehmigungs- und Zustimmungsfiktion nach Ablauf gesetzter Fristen
- Zeitlich befristete Beschränkung baurechtlicher Klagemöglichkeiten
- „Sternverfahren“ bei mehreren beteiligten Behörden.

Schnelles und kostengünstiges Erstellen von Wohnraum kann durch folgende geeignete Vergabeverfahren und Vertragsgestaltung ermöglicht werden:

- Beschleunigung und Konzentration der Bauprozesse, indem statt der schnittstellenreichen Teil- und Fachlosvergabe verstärkt Einzelgewerke zusammengefasst werden sowie durch vermehrte Generalunternehmer-Vergabe hin zur schlüsselfertigen Erstellung

von Wohnraum aus einer Hand.

- Technische Innovationskraft und Kostensenkungspotenziale fördern, indem verstärkt Nebenangebote bzw. Sondervorschläge zugelassen werden.
- Durch Design and Build-Verträge die gebündelte Planungs- und Baukompetenz bauindustrieller Unternehmen nutzen.
- In geeigneten Fällen zusätzlich zur Planung und Bauausführung auch Aufgaben des Bauunterhalts und einzelne Betriebsleistungen gebündelt an einen Vertragspartner vergeben (ÖPP-Modelle).

Das Ziel schneller und kostengünstiger zu bauen, erfordert eine kritische Überprüfung der Verfahren und Standards. Dazu zählen insbesondere die Bayerische Bauordnung, Abstandsflächenregelungen, die Bayerische Garagen- und Stellplatzverordnung, Baustandards im sozialen Wohnungsbau, Kommunale Auflagen (Begrünung, Spielplätze u.ä.) und die Bayerische Kompensationsverordnung.

Folgende Aspekte wirken sich direkt auf die Bauwerkskosten aus: Keine Unterkellerungen, keine Aufzüge bei Gebäuden bis zu vier Stockwerken, keine Tiefgaragen, Streifenfundamente anstatt Fundamentplatte, barrierefreies Bauen nur im Erdgeschoss, einfacher Schallschutz nach DIN-Norm, abgehängte Decken für Stauraum, Fertigteilwände- und Decken. Auf diese Weise werden Bauwerkskosten von 1.000 Euro/qm angestrebt.

PRÄSENTATION IN DER ZENTRALE

Industrielle Bauweisen ermöglichen durch die serielle Fertigung eine effizientere und kostengünstigere Abwicklung des Bauvorhabens. Im Gegensatz zu herkömmlichen Bauweisen zeichnen sich Fertigteilbauweisen, die industrielle Vorfertigung von Bauteilen oder aber der Einsatz von Modulbauweisen durch folgende Vorteile aus: Höhere Kosten- und Terminalsicherheit, witterungs- und jahreszeitunabhängige Fertigung, weniger Schnittstellen auf der Baustelle, keine aufwändige Baustelleneinrichtung, weniger Lärm und Schmutz auf der Baustelle, mögliche Vorfertigung von Leitungen, Sanitärinstallationen etc.

Die Bayerische Bauindustrie präsentiert ihre konkreten und innovativen Lösungsvorschläge zur Schaffung von schnellem und bezahlbarem Wohnraum mittels eines interaktiv gestalteten Erlebnisraums im Foyer der Geschäftsstelle des bbiv. Mit Hilfe von Virtual Reality Brillen werden Bauprojekte auf völlig neue Weise erlebbar. Die Präsentationen der Firmen Dreßler Bau, Max Bögl und Ferdinand Tausendpfund stehen exemplarisch für eine Branche, die mit neuen Technologien und Ideen voranschreitet. Durch Visualisierungen günstig und passgenau bauen und durch Design Thinking Bauvorhaben beschleunigen, lautet die Maxime. Letztlich gilt es, die Innovationskraft bauindustrieller Bauweisen auszuschöpfen. ■

ALEXANDER HABLA / BAYERISCHES ZIMMERERHANDWERK:

SCHNELLER WOHNRAUM

Flüchtlinge brauchen Wohnraum. Die Zeit für Planung und Realisierung ist meist knapp. Um seine Fertigungskapazität zu erhöhen und die Kommunikation zu erleichtern, ging das Bayerische Zimmererhandwerk mit der Internetplattform www.schneller-wohnraum.de in die Offensive.

Wenn es schnell gehen muss, sind trockene Bauweisen angesagt. Zwar sind die vielfältigen Nachteile von Stahlcontainern hinlänglich bekannt, trotzdem waren sie bisher die Regel. „Das hat sich inzwischen geändert“, berichtete Habla. „Aufgrund der hohen Nachfrage sind ihre Preise stark gestiegen, so dass der Holzbau nun auch preislich konkurrenzfähig ist.“ Aber wie viele Holzgebäude sind denn überhaupt in welchem Zeitraum realisierbar? Und welche Betriebe kommen in Frage?

MIT INTERNETPLATTFORM IN DIE OFFENSIVE

Um das beantworten zu können, entwickelte der Landesinnungsverband des Bayerischen

Zimmererhandwerks eine Internetplattform. Die www.schneller-wohnraum.de vereinfacht zum einen die Kommunikation zwischen Gemeinden, Landkreisen und Zimmerer-Innungen, zu anderen die Kooperation zwischen den Betrieben. So widmen sich dieser Bauaufgabe nun nicht mehr nur Betriebe mit großen Hallen und großen Maschinen, sondern auch kleinere Betriebe. Idealerweise konzentrieren sich die größeren auf die Fertigung und die kleineren auf die Montage. Das steigert die Produktivität der Branche.

INFOS ÜBER FREIE FERTIGUNGSKAPAZITÄTEN

Die Startseite der www.schneller-wohnraum.de



Alexander Habla.

zeigt oben in einem blauen Balken die freien Fertigungskapazitäten für das aktuelle und das kommende Quartal: die Wohnfläche in Quadratmetern und für Montagen die sogenannten „Mannstage“. Die Zahlen stammen von den über 200 teilnehmenden Betrieben und werden täglich aktualisiert. Wie sich die freien

TV BAYERN LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de



Kapazitäten auf die einzelnen Betriebe verteilen, bleibt „Betriebsgeheimnis“ und ist nur im internen Bereich einsehbar.

ANFRAGEN ZUNÄCHST AN DIE OBERMEISTER

Erster Ansprechpartner für Gemeinden und Landkreise ist der Vorsitzende der örtlichen Zimmerer-Innung: der Obermeister. Er lässt sich schnell und einfach über die Dropdown-Liste „Ort“ abfragen, nimmt die Anfragen entgegen und teilt Betriebe mit freien Kapazitäten mit. Die Funktion ist über den Menüpunkt „Kontakt“ aufrufbar.

Weitere Menüpunkte sind: „Lösungen“ mit ausführlich dokumentierten Projekten, „Medienberichte“ mit Links auf Artikel und Videos, „Argumente“ mit allgemeinen Informationen sowie „Initiativen“ mit Links auf Aktivitäten anderer Organisationen.

EIGENTLICHES ZIEL: BEZAHLBARER WOHNRAUM

„Denken Sie nicht, die Flüchtlinge seien in ein paar Monaten wieder weg“, mahnte Habla. „Die meisten werden mehrere Jahre hier sein. Und wenn sie dann weg sind, bleibt der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum.“ Denn

zum einen gibt es aufgrund der zu schwachen Wohnbautätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten einen Wohnungsmangel. Zum anderen kommen nicht nur Flüchtlinge nach Bayern, sondern auch fast genauso viele ganz legale Einwanderer aus anderen deutschen und europäischen Ländern.

„Planen Sie nicht kurzfristig, sondern langfristig“, riet Habla. „Bauen Sie in akzeptabler Qualität für die nächsten Jahrzehnte. Bauen Sie Gebäude, die sich in ein paar Jahren mit geringem Aufwand zu preisgünstigen Wohnungen umbauen und umnutzen lassen!“

WOLFGANG WITTMANN / EUROPÄISCHE METROPOLREGION MÜNCHEN E.V.:

MOBILITÄT IN DER METROPOLREGION MÜNCHEN

Die Europäische Metropolregion München ist eine interessensübergreifende Public-Private Partnership von Städten, Landkreisen, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen, unterstrich Geschäftsführer Wolfgang Wittmann. Ziel sei die Steigerung der Lebensqualität in der Region durch die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Mit der EMM als Plattform sollen gezielte Dialoge initiiert und gemeinsame überregionale und internationale Auftritte der Region organisiert werden. Es gilt, sich im weltweiten Wettbewerb der Metropolregionen zu positionieren. Die Vereinigung soll ein Sprachrohr und eine Lobby sein für die ganze Metropolregion – besonders in Bezug auf die Wünsche und Erwartungen der Mitglieder.

Auf einer Fläche von über 25.000 Quadratkilometern leben über 5,7 Millionen Bürger in 32 Landkreisen und Städten – etwa jeder 14. Bundesbürger ist somit in der Metropolregion München zu Hause. Mit einem Alter von 41,8

Jahren im Schnitt weist die EMM die jüngste Bevölkerung aller Metropolregionen auf; zudem kann sie auf die stärksten Wachstumsraten verweisen, ist Heimat von über 90.000 Handwerksbetrieben und mehr als 100 Weltmarktführern. Bis 2030 werden weitere 300.000 bis 500.000 neue Einwohner prognostiziert. Die internationale Wahrnehmung bei Bekanntheitsgrad und Image ist herausragend, die Standortvoraussetzungen für Wirtschaft und Forschung sind optimal.

Organisiert werden gezielte Dialoge, Netzwerktreffen und Veranstaltungen zu den Themen Kreativwirtschaft, regionale Produkte,

Klima- und Landschaftsschutz, Wissen, Integration sowie Siedlungsentwicklung, Baukultur und Mobilität.

Mobilität ist kein Selbstzweck, sondern muss den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft der Metropolregion München dienen. Angesichts wachsender Pendlerdistanzen und großer Herausforderungen in den Bereichen Klimawandel, Ressourcenverbrauch und Demographie wird es immer wichtiger, Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung als wechselseitig miteinander verbundene Faktoren aufzufassen.

LEBENSQUALITÄT ERHALTEN

Daher hat sich die Arbeitsgruppe (AG) Mobilität der EMM zum Ziel gesetzt, sowohl die Erreichbarkeit innerhalb des Gebietes der Metropolregion München, als auch die Erreichbarkeit von außerhalb zu verbessern und attraktiver zu machen, um die Lebensqualität der Bürger zu erhalten und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen in der Region zu sichern. In der AG Mobilität sind derzeit die Facharbeitsgruppen EMM-Tarif und Fahrgastinformation sowie Wirtschafts- und Pendlerverkehre aktiv.

Erreichbarkeit ist eine wesentliche Grundlage zur Gestaltung zukunftsfähiger Mobilität. Mit dem „Erreichbarkeitsatlas für die Metropolregion München“ wurde eine Plattform entwickelt, mit der die Standortqualitäten bezüglich der Erreichbarkeit mit unterschiedlichen Verkehrsträgern innerhalb der EMM und in der Verknüpfung der Metropolregion nach außen analysiert und visualisiert werden können.

Da gerade im Hinblick auf übergeordnete Planungsprozesse die aktuellen Herausforderungen einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung und Mobilität nicht vor Gemeinde- und Kreis-



Ein gewichtiges Wort sprechen die Mitglieder der Europäischen Metropolregion München e.V. gerade auch in Fragen der regionalen Infrastruktur.

grenzen halt machen, haben Forscher der Technischen Universität München (TUM) mit der Studie „WAM – Wohnen, Arbeiten und Mobilität in der Metropolregion München“ Ansätze erarbeitet, wie Verkehrsplanung und Standortentwicklung zukunftsfähig verändert werden können.

Mehr als 7.300 Menschen, die in den vergangenen drei Jahren ihren Wohnort oder Arbeitsplatz gewechselt haben, nahmen teil. Kommunen, Unternehmen und Mobilitätsdienstleister können anhand dieser Daten Rückschlüsse darauf ziehen, welche Faktoren Bürgerinnen und Bürgern bei der Wahl von Wohnort, Arbeitsplatz und Verkehrsmittel am wichtigsten sind.

Ein Ergebnis: Wohnen in zentraler Lage mit guter Anbindung wird für die Menschen in der Metropolregion München immer wichtiger – auch wenn die Mieten dort höher sind. Die Ergebnisse der Studie belegen, dass eine optimale Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln für viele Menschen ohne Alternative ist – ebenso wie die kurzen Wege zwischen Arbeit, Wohnen, Einkauf und Freizeit.

Die Schaffung von bezahlbarem, zentral gelegenem Wohnraum mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist und bleibt für die Politik und Verwaltung eine zentrale Heraus-

forderung. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die begrenzten Flächen der Zentren intensiver und dichter als zuvor genutzt werden sollten. Bisher nicht optimal angebundene, dezentrale Gebiete mit guter Infrastruktur und urbaner Nahversorgung sollten besser verknüpft werden – dies betrifft zum Beispiel die Kommunen im Münchner Norden.

MOBILITÄTSKONZEPT

Als Leitfaden für die Mobilitätsentwicklung in der Metropolregion sollte laut Wittmann ein Mobilitätskonzept dienen. Ein wichtiger Be-



Wolfgang Wittmann.

standteil seien Mobility Services. Dazu zählten intermodale Verkehrskonzepte, Radschnellwege, Pedelecs und Grüne Routen, Car Sharing, Mitfahrzentralen, Elektromobilität (Laden – Parken), autonomes Fahren und Mikromobilität, aber auch Verknüpfung, Vereinheitlichung und Erleichterung beim Zugang sowie Tarifvereinheitlichung, Taktverdichtung und Tangentialverkehre.

Als bedeutende Infrastrukturmaßnahmen in der Region bezeichnete Wittmann unter anderem die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München, den Ausbau des Flughafens München sowie der A 96 und A 8, zudem den Ausbau von S- und U-Bahnstationen, den Bau des Brenner-Nordzulaufs, den Ausbau der Bahnstrecke von München über Mühldorf nach Freilassing, den Lückenschluss der A 94 und den Bau der B 15 neu.

Wittmann: „Neben Siedlungsdruck, Demografie und Mobilität liegen zukünftige Herausforderungen der Metropolregion München in der Positionierung des Wohn- und Wirtschaftsraumes und dem Erkennen von Trends.“ Es gehe um die verantwortungsvolle Entwicklung der Region und nicht um Vermarktung. Mobilität und Infrastruktur stellten die Schlüsselthemen dar, wobei ein ganzheitliches Konzept notwendig sei.



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir Investitionen in Infrastruktur und zukunftsweisende Projekte. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote.
Tel. 0800 – 21 24 24 0

www.lfa.de


LFA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.



VANESSA HAUMBERGER / FLUGHAFEN MÜNCHEN GMBH:

AKTUELLE PERSPEKTIVEN DES MÜNCHNER FLUGHAFENS UND DER REGION

Erneut glänzt der Münchner Flughafen mit einer hohen Auszeichnung und kann sich auch 2016 wieder über den Titel „Bester Flughafen Europas“ freuen. Bei den jährlich verliehenen „World Airport Awards“ des renommierten Londoner Luftfahrtinstituts Skytrax wurde die bayerische Luftverkehrsdrehscheibe mit dem Titel „Europa-meister 2016“ bedacht. „Der Flughafen München im Erdinger Moos ist eine bayerische Erfolgsgeschichte und vielbeachtetes Aushängeschild Bayerns in der Welt“, so Vanessa Haumberger, Leiterin Politische Angelegenheiten.

Der Flughafen München ist Bayerns Tor zur Welt mit großer nationaler und internationaler Bedeutung für Privat- und Geschäftsreisende. 41 Millionen Fluggäste – so viele wie noch nie – nutzten 2015 den Münchner Airport als Ausgangspunkt, Zwischenstopp oder Ziel einer Flugreise. Dies waren 1,3 Millionen Passagiere bzw. 3,2 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Nicht zuletzt liegt das an der Erweiterung des attraktiven Streckennetzes: So erhöhte sich die Anzahl der regelmäßig in München verkehrenden Fluggesellschaften von 91 auf 97. Die Anzahl der Ziele stieg um sieben auf insgesamt 247, die der Länder um zwei auf nunmehr 70.

Laut einer neuen repräsentativen Befragung wird 24 Jahre nach der Eröffnung des Flughafens der bayerischen Landeshauptstadt die Ansiedlung des Airports von den weitaus meisten Bewohnern der Flughafenregion positiv bewertet. Das Münchner Institut TNS



Der Münchner Flughafen bleibt nach Auffassung von Reisenden aus aller Welt der beste Airport Europas. Dies ergab die jüngste Untersuchung des Londoner Instituts Skytrax. Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, wurde die begehrte Auszeichnung von Skytrax-Präsident Edward Plasted überreicht. Im weltweiten Ranking behauptete München seinen hervorragenden dritten Platz.

Bild: Peter Miller, Flughafen München GmbH

Infratest hatte im Auftrag der Flughafen München GmbH (FMG) eine Studie mit knapp 2.500 Gesprächspartnern in insgesamt 43 Gemeinden der Flughafenregion durchgeführt. 80 Prozent der Befragten gaben an, dass die Ansiedlung des Flughafens für sie persönlich sehr positiv bzw. überwiegend positiv war.

BEDEUTENDES EUROPÄISCHES LUFTVERKEHRSDREHKREUZ

Auch die Tatsache, dass sich der Flughafen München zu einem bedeutenden europäischen Luftverkehrsdrehkreuz entwickelt hat, wird von einer deutlichen Mehrheit der Flughafenanrainer ausdrücklich begrüßt. Knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten werteten den Betrieb des Drehkreuzes für sich persönlich als überwiegend oder sehr positiv.

Bezogen auf die gesamte Flughafenregion sahen drei von vier Befragten (74 %) vorwiegend positive Effekte. Im Hinblick auf die Auswirkungen für die bayerische Wirtschaft schätzten sogar 87 Prozent der Befragten den Drehkreuzbetrieb als sehr positiv oder überwiegend positiv ein.

Die Bewohner der Flughafenregion nutzen den Münchner Airport überdurchschnittlich häufig als Flugreisende. Mehr als die Hälfte der Befragten (52 Prozent) gab an, innerhalb der letzten zwölf Monate mindestens eine Flugreise unternommen zu haben. Zum Vergleich: Deutschlandweit sind nur knapp 30 Prozent der Bevölkerung innerhalb eines Jahres mindestens einmal mit dem Flugzeug unterwegs.

Nahezu zwei Drittel aller Befragten bewerten die Lärmsituation an ihrem Wohnort als gut oder sehr gut. Unter den Lärmquellen, die als Belästigung empfunden werden, rangieren der Straßenverkehrslärm und der Fluglärm etwa gleichauf. Insgesamt zeigt sich die Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen in der Flughafenregion sehr zufrieden. Die Wertschätzung der hohen Lebensqualität in der Flughafenregion macht sich auch in der sehr ausgeprägten Heimatverbundenheit bemerkbar: 91 Prozent der Befragten gaben an, gerne in der Flughafenregion zu leben.

samt zeigt sich die Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen in der Flughafenregion sehr zufrieden. Die Wertschätzung der hohen Lebensqualität in der Flughafenregion macht sich auch in der sehr ausgeprägten Heimatverbundenheit bemerkbar: 91 Prozent der Befragten gaben an, gerne in der Flughafenregion zu leben.



Vanessa Haumberger.

Den Beginn einer neuen Entwicklungsphase markiert der Startschuss für das neue Satellitenterminal. Als eines der modernsten Flughafenengebäude weltweit wird der Satellit den Gästen in seinen attraktiven Hallen ein angenehmes Ambiente, vielfältige Shopping- und Gastronomieangebote und einen erhöhten Reisekomfort bieten. Weitere wichtige Projekte sind die Verbesserung der Verkehrsanbindung und die dritte Startbahn, wobei hier die politische Entscheidung noch aussteht. Im Falle einer dritten Startbahn wäre aus Haumbergers Sicht der Münchner Flughafen fähig, das zukünftige Mobilitätsbedürfnis der Reisenden zu bedienen.

Der Airport ist heute mit 32.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der Region und Standortfaktor für ganz Bayern. Ein Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den Landkreisen Freising und Erding arbeitet am Flughafen München. Schon jetzt zeigen 114 Unternehmen und Verbände öffentlich ihre Unterstützung für den Flughafen ausbau. Hinzu kommen 2.100 Menschen, die mit Foto, Name und Statement für eine Erweiterung plädieren.



BIRGIT ZEIDLER / LFA FÖRDERBANK BAYERN:

FINANZIERUNGSHILFEN FÜR INFRASTRUKTURPROJEKTE

Die Attraktivität einer Kommune als Wirtschaftsstandort hängt vom Leistungsgrad ihrer Infrastruktur ab. Damit verbunden ist oft ein erheblicher Investitions- und Finanzierungsbedarf, für den die LfA Förderbank Bayern Förderkredite bereitstellt, erläuterte Birgit Zeidler den Tagungsgästen.

ZINSGÜNSTIGE LANGFRISTIGE KREDITE

Im Förderangebot für Kommunen sind kommunale Gebietskörperschaften, deren rechtlich unselbständige Eigenbetriebe und kommunale Zweckverbände antragsberechtigt. Die Dar-

und Industrieflächen (inkl. Aufwendungen für Grunderwerb).

Eine weitere Herausforderung für Städte und Gemeinden sind Investitionen im Rahmen der Energiewende. Mit dem Infrakredit Tiefengeothermie fördert die LfA die Errichtung und den Ausbau geothermischer Wärmenetze. Der Infrakredit Energie stellt eine zinsgünstige Finanzierung von Maßnahmen der allgemeinen Energieeinsparung (mind. 20 %) und Umstellung auf erneuerbare Energieträger dar (Darlehenshöchstgrenze: 4 Mio. Euro pro Vorhaben).

Ein leistungsstarkes Internet ist für Unternehmen ein wesentlicher Faktor der Standortentscheidung. Mit dem Infrakredit Breitband flankiert die LfA das Zuschussprogramm des Freistaats Bayern auf Basis der Bayerischen Breitbandrichtlinie und bietet die Finanzierung des über den Zuschuss hinausgehenden Eigenanteils der Gemeinde an.

Daneben bietet die LfA Hausbanken für Finanzierungsmaßnahmen öffentlicher, privater, kirchlicher oder gemeinnütziger Träger auf deren Einladung Risikookübernahmen und zinsgünstige Refinanzierungsmöglichkeiten an.



Birgit Zeidler.

lehen sind mit Laufzeiten von 10, 20 und 30 Jahren ausgestattet und bieten die Möglichkeit, bis zu zwei, drei und fünf Tilgungsfreijahre in Anspruch zu nehmen. Der Finanzierungsanteil der LfA beträgt bis zu 100% der förderfähigen Investitionen bei Krediten bis 2 Mio. Euro und max. 50 % der förderfähigen Kosten bei Krediten über 2 Mio. Euro.

BREITES FÖRDERANGEBOT

Gefördert werden im Infrakredit Kommunal Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Ver- und Entsorgung, die allgemeine Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger, die touristische Infrastruktur, in Wissenschaft, Technik und Kulturpflege sowie in nicht umlagefähige Kosten für die Erschließung von Gewerbe-

Die LfA agiert hier wettbewerbsneutral, Hauptvorteile liegen in der Risikoteilung großvolumiger Projekte und der Schonung der Großkreditgrenzen der Banken.

BERATUNG UND INFOS

Beantragt werden die Förderkredite direkt bei der LfA.

Bei Fragen steht Interessierten das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA telefonisch (089/ 2124 1505) oder per E-Mail (infra@lfa.de) zur Verfügung. Weitere Informationen unter www.lfa.de.

COPLAN AG

Generalplaner
Architekten
Ingenieure



Für die Welt, in der wir uns zuhause fühlen.



Architektur und Konstruktion

Infrastruktur und Umwelt

Moderne Gebäudetechnik

Vermessung

Leistungsplus



Öffentliche Gebäude



Industriebau



Ingenieurbau und Infrastruktur



Umwelt und Energie

COPLAN AG

Hofmark 35
D-84307 Eggenfelden
+49 (8721) 705-0
www.coplan-ag.de
info@coplan-online.de

Berlin • Deggendorf • Dingolfing • Leipzig • Mühldorf • München • Nürnberg • Passau • Regensburg • Weiden



SYLVIA BISCHOFF-SALIM / KFW BANKENGRUPPE:

KFW FÖRDERPROGRAMME FÜR KOMMUNEN

Hohe Lebensqualität und gute Voraussetzungen für Wirtschaft und Arbeit: Je besser die kommunale und soziale Infrastruktur ausgebaut ist, umso attraktiver ist eine Kommune. Mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW kann erfolgreich in ein Gemeinwesen investiert werden, legte Key Account Managerin Sylvia Bischoff-Salim dar.

Mit dem IKK – Investitionskredit Kommunen (Programm-Nr. 208) erhalten Kommunen eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit durch einen Direktkredit von der KfW. Finanziert werden Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur; ein Beteiligungserwerb ist beispielsweise im Rahmen von Rekommunalisierungen möglich.

Der Finanzierungsanteil macht bei Krediten über 2 Millionen Euro maximal 50 % der förderfähigen Investitionskosten pro Vorhaben aus. Bei Krediten bis 2 Millionen Euro kann der Finanzierungsanteil bis zu 100 % der förderfähigen Investitionskosten pro Vorhaben betragen.

Mit dem Produkt Energetische Stadtsanierung – Zuschuss (432) werden Maßnahmen gefördert, mit denen die Energieeffizienz im Quartier erhöht werden kann. Finanziert werden können sowohl Sach- als auch Personalkosten. Das Produkt besteht aus zwei Bausteinen:

1. Integriertes Quartierskonzept

Das Konzept muss plausibel sein und folgende Punkte erläutern:

- Ausgangsanalyse: Wer sind die größten Energieverbraucher im Quartier? Wo liegen die Potenziale für Energieeinsparung und -effizienz? Wie soll die Gesamtenergiebilanz des Quartiers nach der Sanierung aussehen?
- Konkrete Maßnahmen und deren Ausgestaltung
- Kosten, Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen
- Erfolgskontrolle
- Zeitplan, Prioritäten, Mobilisierung der Akteure
- Information und Beratung, Öffentlichkeitsarbeit

Liegt bereits ein integriertes energetisches Quartierskonzept vor, können Zuschüsse für einen Sanierungsmanager separat beantragt werden.

2. Sanierungsmanager

Der Sanierungsmanager hat folgende Aufgaben:

- Konzeptumsetzung planen
 - Akteure aktivieren und vernetzen
 - Maßnahmen koordinieren und kontrollieren, als zentraler Ansprechpartner für Fragen zu Finanzierung und Förderung fungieren.
- Der Zuschuss beträgt 65 % der förderfähigen

Kosten. Der maximale Zuschussbetrag für den Sanierungsmanager bei einem Förderzeitraum von in der Regel maximal drei Jahren beträgt insgesamt bis zu 150.000 Euro je Quartier. Bei einer Verlängerung kann der Höchstbetrag um bis zu 100.000 Euro auf insgesamt bis zu



Sylvia Bischoff-Salim.

250.000 Euro für maximal fünf Jahre aufgestockt werden. Der Restbetrag in Höhe von 35 % ist durch die Kommune zu erbringen, ein Teil davon kann durch Dritte übernommen werden.

15 % EIGENANTEIL

15 % der förderfähigen Kosten sind als Eigenanteil von der Kommune oder im Falle der Weiterleitung vom begünstigten Dritten (z. B. kommunalen Unternehmen, Wohnungsgesellschaft oder Eigentümerstandortgemeinschaft) selbst aufzubringen. Die verbleibenden 20 % der förderfähigen Kosten können auch durch Fördermittel der Länder, der EU oder durch Mittel der an der Entwicklung oder Umsetzung beteiligten Akteure finanziert werden. Die Finanzierung aus Mitteln des Bundes und der Länder darf einen Anteil von 85 % der Kosten nicht übersteigen.

Für Kommunen steht zudem das Produkt IKK – Energetische Stadtsanierung – Quartiersversorgung (201) zur Verfügung. Mit diesem Förderprodukt finanziert die KfW nachhaltige Investitionen in die Energieeffizienz kommunaler Wärme-, Kälte- Wasser- und

Abwassersysteme im Quartier.

Ein Kredit mit langfristig günstigen Zinsen wird für folgende Maßnahmen ausgereicht:

1. Wärme- und Kälteversorgung:

- Hocheffiziente strom- oder wärmegeführte KWK-Anlagen auf Erd- oder Biogasbasis inkl. Spitzenlastkessel
- Strom- oder thermisch geführte Kraft-Wärme-Kälte-Kopplungssysteme
- Anlagen zur Nutzung industrieller Abwärme
- Wärme- und Kältenetze inkl. Anschlüsse und Übergabestationen
- Dezentrale Wärme- und Kältespeicher

2. Wasserver- und Abwasserentsorgung:

- Hocheffiziente Motoren und Pumpen
- Optimierung der Mess- und Regeltechnik
- Energierückgewinnung in Gefällestrecken
- Anlagen zur Wärmerückgewinnung in öffentlichen Kanalsystemen
- KWK-Anlagen zur Nutzung von Klär- oder Faulgas
- Energieeffizientere Belüftung bei der aeroben Abwasserbehandlung

Bis zu 100 % der förderfähigen Investitionskosten können mit dem Förderprogramm finanziert werden.

Mit dem Förderprodukt IKK – Energieeffizient Bauen und Sanieren (Sanieren-218) finanziert die KfW die energetische Sanierung kommunaler Nichtwohngebäude.

Gefördert werden die Energetische Sanierung – KfW-Effizienzhaus und die Energetische Sanierung – Einzelmaßnahmen. Begünstigt ist die energetische Sanierung von Nichtwohngebäuden, die einen der folgenden energetischen Standards erreichen: KfW-Effizienzhaus 70, KfW-Effizienzhaus 100, KfW-Effizienzhaus Denkmal. Zu den geförderten Einzelmaßnahmen zählen Wärmedämmung, Fenster, Heizung, Beleuchtung sowie Sonnenschutz-einrichtungen und Lüftungsanlagen.

Eine 100 %-Finanzierung der Energieeffizienz-Investitionen ist möglich. Zudem gibt es bundesverbilligte Zinskonditionen und Tilgungszuschüsse für KfW-Effizienzhäuser sowie Einzelmaßnahmen. Neben den Tilgungszuschüssen für die energetische Sanierung zu einem KfW-Effizienzhaus 70 von 17,5 %, einem KfW-Effizienzhaus 100 von 10 % und zu einem KfW-Effizienzhaus Denkmal von 7,5 % gibt es nun auch für Einzelmaßnahmen einen Tilgungszuschuss (TZ) in Höhe von 5 %.

Mit dem Förderprodukt IKK – Energieeffizient Bauen und Sanieren (Bauen-217) finan-



ziert die KfW die Errichtung oder den Ersterwerb kommunaler Nichtwohngebäude als KfW-Effizienzhaus 70 und KfW-Effizienzhaus 55. Es werden bundesverbilligte Zinskonditionen gewährt. Für das KfW-Effizienzhaus 55 stehen zusätzlich bis zu 5 % Tilgungszuschuss zur Verfügung.

Mit dem Förderprodukt IKK – Barrierearme Stadt (233) werden barriere-reduzierende Maßnahmen unterstützt, mit denen bestehende kommunale Gebäude, Verkehrsanlagen und der öffentliche Raum alters- und familiengerecht umgebaut werden.

BARRIEREARME GESTALTUNG

Dazu zählen in öffentlichen Gebäuden die barrierearme Gestaltung von Wegen zu Gebäuden und Stellplätzen, die Optimierung von Gebäudezugängen und Servicesystemen wie Schalter und Kassen, die vertikale Erschließung und Überwindung von Niveauunterschieden (zum Beispiel durch Rampen, Treppen und Aufzüge), die Änderung der Raumgeometrie (zum Beispiel Raumschnitt oder Türbreite), der Umbau von Sanitärräumen, die Verlegung trittsicherer Bodenbeläge im Gebäude, die Verbesserung von Bedienelementen, Raumakustik, Orientierung und Kommunikation sowie die Umgestaltung von Sportplätzen, Sporthallen und Schwimmbädern.

Im öffentlichen Raum werden wiederum Maßnahmen wie die Absenkung von Bürgersteigen, die Anpassung von Fußgängerüberwegen und -zonen, die Schaffung von Leit- und Orientierungshilfen für blinde und sehbehinderte Menschen, die Einrichtung oder der Neubau barrierefreier/-armer öffentlicher WC-Anlagen, das Anlegen von Stellplätzen, die Schaffung von Park- und Grünanlagen und der Bau von Spielplätzen gefördert.

ANGEBOTE FÜR KOMMUNALE UNTERNEHMEN

In Anspruch nehmen können kommunale Unternehmen zudem den IKU – Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen (Allgemeine Infrastrukturinvestitionen sowie Beteiligungserwerb) mit einem Sollzins bei 10-jähriger Zinsbindung und einer Darlehenslaufzeit von 10 Jahren von 1,2 % (Stand: 1. 3. 2016) sowie das Programm IKU – Energetische Stadtsanierung – Quartiersversorgung (Wärme-, Kälte-, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung – Sollzins 1,00 % zzgl. bis zu 5 % TZ), das Programm IKU – Energetische Stadtsanierung – Energieeffizient sanieren (Energetische Sanierung von Gebäuden der kommunalen Infrastruktur – 1,00 % zzgl. bis zu 17,5 % TZ), das Programm IKU – Energieeffizient Bauen (Errichtung oder Ersterwerb energieeffizienter Nichtwohngebäude – 1,00 % zzgl. bis zu 5 % TZ) und IKU – Barrierearme Stadt (Barriereabbau in der kommunalen Infrastruktur, insbesondere ÖPNV – 1,00 %).



Wolfgang Schmidt.

WOLFGANG SCHMIDT / BAYERNLABO:

FINANZIERUNG VON FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE

Der Umgang mit dem Flüchtlingszustrom stellt eine der größten Herausforderungen für die bayerischen Kommunen dar. Aus diesem Grund beteiligt sich die BayernLabo, die Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern, an der „Sonderfazilität Flüchtlingsunterkünfte“ der KfW und erweitert das Förderprogramm „Investkredit Kommunal Bayern“, wie Wolfgang Schmidt, Leiter Kommunalkredit Bayern, hervorhob.

Mit der „Sonderfazilität Flüchtlingsunterkünfte“ können die Kosten für Neubau, Umbau oder Erwerb sowie Modernisierung und Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften grundsätzlich zu 50 %, bei Kosten von bis zu 2 Mio. Euro sogar in voller Höhe finanziert werden.

Möglich sind Kreditlaufzeiten von 10, 20 und 30 Jahren, der Zinssatz wird programmgemäß für 10 Jahre festgeschrieben und beträgt aktuell 0,00 % p.a.

Die Beantragung und Abwicklung erfolge wie

HENDRICKS  SCHWARTZ

Infrastruktur- und Immobilienprojekte erfolgreich umsetzen



Mit strategischem Stakeholdermanagement und passgenauen Dialogformaten

www.hendricks-schwartz.com



gewohnt einfach und direkt über die BayernLabo in München. Der Abruf der Mittel muss innerhalb von neun Monaten, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2016 erfolgen. Zur Deckung des weiteren Finanzierungsbedarfs bietet die BayernLabo zinsgünstige Kapitalmarktkredite an, die mit der Sonderförderung kombiniert werden können.

WOHNRAUMPAKT BAYERN

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP), der zweiten Säule des Wohnungspakts Bayern, unterstützt die BayernLabo gemeinsam mit dem Freistaat Bayern zudem bayerische Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.

Mit dem Vierjahresprogramm (2016 – 2019) will die BayernLabo den Neubau von jährlich mindestens 1.500 Wohnungen fördern, um vor Ort Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge und andere einkommensschwache Personen zu schaffen. Dabei sollen Wohngebäude begünstigt werden, die langfristig nutzbar sind und dem Ziel einer geordneten

städtebaulichen Entwicklung entsprechen.

Gefördert werden der Neu-, Um- und Anbau sowie die Modernisierung von Mietwohnungen. Förderfähig sind auch der Grunderwerb und das Freimachen von Grundstücken, soweit sie im Zusammenhang mit den baulichen Maßnahmen stehen.

Die Förderung ist eine Projektförderung und setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

- Einem Zuschuss des Freistaats in Höhe von 30 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten,
 - einem durch den Freistaat zinsverbilligten Kredit von 60 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten
 - und einem 10-prozentigen Eigenanteil der Gemeinde.
- Für vorbereitende planerische Maßnahmen wird ergänzend ein Zuschuss von 60 % der dafür anfallenden Kosten gewährt.

Der zinsgünstige Kredit wird von der BayernLabo mit einer Zinsbindung von 10 oder 20 Jahren bei Volltilgung innerhalb der gewählten Zinsbindung mit einem Tilgungsfreijahr aus-

gereicht. Antragsberechtigt sind alle nach Art. 106 BV unterbringungsverpflichteten bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden sowie Zweckverbände mit ausschließlich diesen Mitgliedern. Die Antragsteller müssen Eigentümer der geförderten Wohngebäude sein und während der 20-jährigen Wohnungsbindung auch bleiben.

Zur Umsetzung der Maßnahmen können Dritte wie beispielsweise kommunale oder kirchliche Wohnungsunternehmen beauftragt werden. Die Mieterzielgruppe des durch das KommWFP finanzierten preiswerten Wohnraums umfasst Haushalte, die sich aus eigener Kraft nicht am Wohnungsmarkt versorgen können. Die Wohnungen sollen zudem auch anerkannten Flüchtlingen vor Ort zur Verfügung gestellt werden. Mit der Bewilligung der Programmmittel sind die Regierungen betraut. Die Antragstellung und der Mittelabruf durch die Kommunen erfolgen direkt bei der Regierung. Eine detaillierte Beratung zur Handhabung der Programmrichtlinien kann daher letztlich nur bei der zuständigen Bezirksregierung erfolgen. ■

GEORG DISTLER / VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN:

ASSETKLASSE INFRASTRUKTUR / ERNEUERBARE ENERGIEN

In den vergangenen Jahren ist eine neue Assetklasse in den Vordergrund gerückt, die auch politisch inzwischen starken Rückenwind erhält: Infrastrukturinvestments. „Investments in Infrastruktur sind reale Assets“, erläuterte Georg Distler, Leiter Finanzierung Infrastruktur. Infrastrukturinvestments passten generell gut zum langfristigen Geschäftsmodell der Versicherer, die an sicheren, beständigen und lang laufenden Kapitalflüssen interessiert sind.

Investitionen dieser Art sind für Versicherungsunternehmen als Eigen- wie auch als Fremdkapitalinvestment möglich. Die sehr unterschiedliche Kapitalunterlegung nach Solvency II beeinflusst jedoch die Anlageentscheidungen wesentlich. Während bei Eigenkapitalinvestments bis zu 49 % Kapitalunterlegung gefordert sind, können bei Fremdkapitalinvestments 20 % schon ausreichen. Die Unterstützung der Politik für Erleichterungen bezüglich der Kapitalunterlegung ermöglicht weitere Investments in diese Assetklasse. Als Umsetzungsvehikel kommen unter anderem Fondslösungen, Hypothekendarlehen, Schuldscheindarlehen oder Namensschuldverschreibungen in Frage.

Das Risiko der Übernahme eines Mangelzustandes, Rechts- und Steuerrisiko, Verbrauchs- und Mengenänderungsrisiko, Instandhaltungsrisiko, Verfügbarkeitsrisiko, Technologierisiko,

Zinsänderungsrisiko sowie Force Majeure Risiko (Höhere Gewalt) spielen bei Finanzierungen eine zentrale Rolle. Meist treten diese

in der Betriebsphase auf. Darauf liegt tendenziell der Fokus der VKB.

NÄHE ZU SPARKASSEN UND GENOSSENSCHAFTSBANKEN

Der Konzern VKB als größter öffentlich-rechtlicher Versicherer ist geradezu prädestiniert für Infrastrukturinvestments, ermöglicht doch die Nähe der Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor Ort den Zugang zu den entsprechenden Projekten. Die Finanzierung kann von den Eigentümern des Konzerns VKB, den Sparkassen, allein übernommen werden oder zum Beispiel in Form einer Konsortialfinanzierung erfolgen. Bevorzugt werden vor allem Projekte aus den Geschäftsgebieten des VKB-Konzerns – aus der Region für die Region.

Aus Infrastrukturinvestitionen ergeben sich



Die VKB ist auch für Infrastrukturthemen ein zuverlässiger Partner der Kommunen. ■



Georg Distler.

Vorteile in doppelter Hinsicht: Sie ermöglichen zum einen eine weitere Diversifikation der Kapitalanlagen um zukunftssträchtige und somit nachhaltige Investitionen, die noch dazu in der Regel höhere Renditen abwerfen als „konventionelle“ Anlagen. Zum anderen leisten sie einen Beitrag zum ökologisch und energetisch nachhaltigen Umbau der Wirtschaft.

SOLIDE ANLAGESTRATEGIEN

Durch solide Anlagestrategien befindet sich der Konzern Versicherungskammer Bayern in einer guten Ausgangsposition. Aufgrund des bereits vorhandenen Know-how können Infrastrukturinvestments kompetent geprüft und in der Kapitalanlage entsprechend berücksichtigt werden und damit auch künftig

einen Mehrwert für die Kunden schaffen.

Seit mehreren Jahren bereits befasst sich der Konzern VKB mit Investments in Infrastrukturanlagen und erneuerbare Energien und ist bereit, weitere Angebote zu erörtern. Finanziert wurden bisher beispielsweise Autobahnteilstücke, Reha-Kliniken, Abfallentsorgungsbetriebe, Solarparks im In- und Ausland, On- und Offshore-Windparks, Flughafen und Studentenwohnheime.

In der Diskussion bzw. Bearbeitung befinden sich u. a. Investments in Geothermie, Flüchtlingsunterkünfte, Kitas, Bahnprojekte, Tunnel, Netzgesellschaften und Hospitäler im Ausland, zudem die Finanzierung von Universitäts- und Verwaltungsgebäuden sowie Überlandwerken.

DETLEF FISCHER / VBEW:

ENERGIEWENDE IST INFRASTRUKTUR – INFRASTRUKTUR VERÄNDERT DIE LANDSCHAFT

Bevor wir die nächste Energiewende vom Zaun brechen, sollten unter anderem Spielregeln vereinbart werden, die nicht schon vor Spielbeginn Gewinner und Verlierer zwangsläufig festlegen, machte VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer deutlich. Der Gesellschaft müsse erklärt werden, dass es auf Grundlage des verfügbaren Standes der Technik zu erheblichen Eingriffen in das gewohnte Landschaftsbild und zu einer massiven Flächeninanspruchnahme kommen wird. Zudem sei darauf hinzuweisen, dass „Weniger“ nicht zwangsläufig etwas mit „Verzicht“ zu tun haben muss.

„Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende“, mache Strom doch nur 21 % des Energieverbrauchs aus, stellte Fischer klar. Derzeit stammten knapp 80 % des Energieverbrauchs nicht aus erneuerbaren Energien – „das Kerosin für unsere Auslandsflüge nicht mit eingerechnet“.

Veränderung des Lebensstils sowie eine massive Inanspruchnahme von Fläche und Raum für die Energiegewinnung“.

„Die Märchenstunde zur Energiewende“ sei längst zu Ende. Aufgabe der Politik sei es, Möglichkeiten für eine tief greifende Dekarbonisierung des Landes vorzuschlagen und deren Machbarkeit zu prüfen. In diesem gesellschaftlichen Umfeld sei dies allerdings nur mit mehr Wahrheit, „aber bitte von allen Beteiligten“, zu bewältigen. „Lassen Sie uns heute darüber diskutieren und morgen schon damit anfangen!“, lautete Fischers Appell. Status quo sei die Energiewende „dahoam“.

UNSER LEBENSSTIL IST NICHT NACHHALTIG

Bis vor 5.000 Jahren sei alles noch relativ einfach gewesen. Die geringe Anzahl von Menschen – es waren ein paar Millionen – konnte sich von Mutter Erde das holen, was sie zum Leben brauchte. „Heute verbrauchen wir in einem Jahr die Menge an Kohle, Erdöl und Erdgas, die während eines Zeitraums von einer Million Jahre entstanden ist. Unser Lebensstil ist also meilenweit davon entfernt, in irgendeiner Weise nachhaltig zu sein“, erläuterte der VBEW-Geschäftsführer.

Als einen gewaltigen Fehler bezeichnete Fischer den Umstand, dass die politisch Verantwortlichen dem Bürger nicht erklärt hätten, was eine Energiewende tatsächlich bedeutet, „nämlich höhere Ausgaben für Energie, die



Bauen in Bayern

Sie planen ein Bauvorhaben und suchen dafür kompetente Fachleute? Unter den Mitgliedern der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau finden Sie die von Ihnen gesuchten unabhängigen Experten im Bauwesen.

>> www.planersuche.de

Tipp:

Fordern Sie jetzt unsere kostenfreie Broschüre „Bauen in Bayern“ an unter:

>> www.bayika.de/de/bauherren



Information und Kontakt

Bayerische Ingenieurekammer-Bau, Schloßschmidstraße 3, 80639 München
Tel: 089 419434-0, E-Mail: info@bayika.de, www.bayika.de



d. h. „wir wollen unsere Energieversorgung wieder aus der heimischen Fläche decken“. Da Windräder und Photovoltaikanlagen aber nicht rund um die Uhr Strom lieferten, würden „doppelt und dreifach Energieanlagen benötigt“. „Das Land wird die Energie für die Stadt produzieren müssen“, prognostizierte Fischer und stellte die Frage in den Raum: „Ist das der Landbevölkerung schon klar? Wer erklärt das eigentlich den Leuten da draußen?“

Tatsache sei: „Wer keine Strommasten, aber trotzdem die Energiewende will, kommt an Windkraftanlagen und Speichern innerhalb Bayerns nicht vorbei.“ Der VBEW-Repräsentant stellte folgende Rechnung auf: „Über eine Stromtrasse können im Jahr 15 TWh Strom ins Land geleitet werden, das sind über 15 % des bayerischen Stroms. Will man Vergleichbares mit Windkraftanlagen bewerkstelligen, braucht man im Freistaat davon ungefähr 4.000 Stück, was allein aber noch kein Beitrag zur Versorgungssicherheit ist.“

Für 20 % Endenergie aus Erneuerbaren ermittelte Fischer für das Jahr 2021 (gemäß Energiekonzept 2011) folgenden Flächenbedarf in Bayern: Windkraft: 233 km², Solar: 99 km², Biomasse: 21.658 km², Geothermie: 66 km². Bei einer Gesamtfläche von 70.550 km² werde etwa ein Drittel der Fläche für die Energieversorgung aus Erneuerbaren beansprucht. Um zeitweise auftretende Überschüsse und

Defizite bei der Stromerzeugung auszugleichen, eignen sich traditionelle Pumpspeicherkraftwerke. Allerdings gibt es nur wenige Standorte, die sich konfliktarm erschließen lassen. Eine flexiblere, wirtschaftliche Alternative bilden laut Fischer so genannte Ringwallspeicher. Theoretisch ermöglichen sie mit Durchmessern von beispielsweise 20 Kilometern und Höhen von beispielsweise 400 Metern bei erheblich geringerem spezifischem Flächenbedarf und niedrigeren spezifischen Kapazitätskosten als bei Pumpspeichern in Mittelgebirgen eine um mehrere Größenordnungen höhere Kapazität von mehreren Terawattstunden.

IMMENSER FLÄCHENBEDARF

Die Systeme lassen sich auch deutlich kleiner, dezentral über das Land verteilt ausführen, insbesondere wenn dafür natürlich vorhandene Höhenunterschiede genutzt werden können.

Ein Energiespeichervergleich zwischen Deutschland und Norwegen zeigt: Deutschland benötigt im Jahr mehr als 600 TWh Strom (Werte für 2014 nach BMWi-Energiedaten), kann davon über Wasserkraft aber lediglich 0,3 TWh speichern. Norwegen hingegen ist in der Lage, rund 60 % seiner Jahresstromerzeugung über Wasserkraft zu speichern. Errichtet wurden die Speicher dort in den 1970er und 80er Jahren.



Detlef Fischer.

Viel Fläche pro erzeugter Kilowattstunde benötigt die heimische Biomasse, wie Fischer aufzeigte. Vor langer Zeit konnte der gesamte Energiebedarf problemlos über Biomasse und ein paar Wasserräder gedeckt werden. „Das ist vorbei. Unsere Gesellschaft ist geil nach Energie.“

Fischers Fazit: „Die Energiewende ist kein Wunschkonzert. Aber wer auf hohem Energieverbrauchslevel leben will, muss eine Veränderung der Landschaft in Kauf nehmen.“

ARNDT BERTLEFF / TYCZKA TOTALGAZ GMBH:

FLEXIBLE UND WIRTSCHAFTLICHE GAS- UND WÄRMEVERSORGUNGEN JENSEITS VON NETZEN

Innerhalb der Energiewende Deutschlands kommt den Kommunen und Gemeinden eine besondere Vorreiterrolle zu. Dies erfordert ein qualifiziertes Energie- und Klimaschutzmanagement sowie hohe Fachkompetenz. „Tyczka Totalgaz ist dabei ein kompetenter Partner“, führte Arndt Bertleff, Vertriebsleiter Produkt- und Key Account Management, aus.

Als einer der bundesweit führenden Spezialisten im Bereich Flüssiggas bietet Tyczka Totalgaz maßgeschneiderte, wirtschaftliche Lösungen mit Flüssiggas – auch in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung (BHKW) sowie mit Sonnenenergie als die zeitgemäße Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels. Tyczka Totalgaz ist ein Gemeinschaftsunternehmen zweier starker Partner: Tyczka Beteiligung Holding, Geretsried und TOTAL Deutschland, Berlin.

Flüssiggas gehört auch weiterhin fest zu einem modernen Energiemix. In Kombination mit moderner Anlagentechnik erfüllt es die Anforderungen der EnEV (Energieeinsparverord-

nung). Jetzt hat der Gesetzgeber seine Vorgaben noch einmal verschärft, um die gesetzten Ziele der Energiewende zu erreichen.

VERSORGUNG GANZER ORTE

Zwei Gesetze sind über die EnEV hinaus maßgeblich: Bundesweit das EEWärmeG (Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich) und auf Landesebene Baden-Württemberg das EWärmeG (Erneuerbare-Wärme-Gesetz). So werden Wohn- und Nicht-Wohn-Gebäude künftig nicht mehr nur als Energieverbraucher betrachtet, sondern auch als Energieerzeuger bzw. -speicher. Flüssiggas ist trotz seines fossilen Charakters

kein Auslaufmodell und erzielt im erneuerbaren Energiemix einen guten Primärenergiefaktor und eine kostengünstige Energieanlagenlösung. Im erneuerbaren Energiemix eines Nahwärmenetzes ist Flüssiggas ein starker Faktor. Es kann beliebig mit unterschiedlichen Umwelt-Energien wie Sonne oder Erdwärme kombiniert werden. Dabei gibt es nicht die eine Lösung. Vielmehr sind die Maßnahmen beliebig miteinander kombinierbar. Dies eröffnet einen großen Spielraum und eine maßgeschneiderte Planung.

Da noch nicht alle Regionen von den Kollegen der Erdgasversorger erschlossen wurden, gibt es genügend Potenzial für Flüssiggas. Flüssiggas eignet sich optimal zur Energieversorgung ganzer Ortschaften oder einzelner Häusergruppen für Städte und Gemeinden. Als zertifiziertes Energieversorgungsunternehmen (DVGW) garantiert Tyczka Totalgaz eine in jeder Beziehung sichere Gasversorgung in bereits ca. 500 Orten und Gemeinden.

Wie Bertleff darlegte, steigt die Attraktivität eines Baugebietes durch die Möglichkeit eines Gasanschlusses. Die Gemeinde spart Erschließungskosten für Wasser- und Kanal, da Tyczka Totalgaz sich beim gemeinsamen Rohrgraben, anteilig der Gasleitung, an Erdbaukosten beteiligt. Die Gemeinde erhält eine Konzessionsabgabe gemäß den Höchstsätzen der geltenden Konzessionsabgabeverordnung.

Genauso wie man es von der Strom- oder Wasserversorgung her kennt, ist die Zählerabrechnung auch für eine Flüssiggas-Versorgung möglich. Konkret bedeutet das: monatlich je ein Grundpreis plus Abschlagszahlung auf den hochgerechneten Jahresenergiebedarf. Die



Arndt Bertleff.

Kosten der Gasversorgung werden auf monatliche Beträge gleichmäßig verteilt; bezahlt wird nur der tatsächliche Verbrauch.

ERSATZ FÜR ÖLTANKS

Bertleff zufolge haben die Behörden in Niederbayern nach der schweren Jahrhundertflut 2013 angeordnet, dass bis Juni 2015 alle Öltanks aus den Überschwemmungsgebieten der Donau entfernt oder gegen Auslaufen abgesichert werden mussten. Die Gemeinde Maria-Posching im Landkreis Straubing, deren Ortsteil Loham im Überschwemmungsgebiet liegt, hat sich für ein kommunales Gasnetz entschieden. 32 Haushalte entschlossen sich nach mehreren Informationsveranstaltungen zu einer öffentlichen Gasversorgung von Tyczka Totalgaz. Mit einer Flüssiggasversorgung konnte die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen zukunftssicher ersetzt werden. Das Modell der kommunalen Energieversorgung aus einem Zentralbehälter mit Planung und Rohrleitungsverlegung aus einer Hand könnte auch bald in anderen Gemeinden im Überschwemmungsgebiet zum Tragen kommen.



IDEALE INSELLÖSUNG

Dass Flüssiggas die ideale Lösung für all diejenigen Standorte ist, die nicht an öffentliche Energieversorgungsnetze angeschlossen sind, zeigt das Beispiel Ferienresort Störnthaler See unweit von Leipzig. Auf dem Gelände gab es keine Infrastruktur mehr und auch kein Versorgungsnetz. Das Gelände wurde schließlich geflutet und renaturiert. In der Folge entstand eine Flüssiggas-Insellösung. Installiert wurde eine mobile Heizzentrale in Flüssiggasausführung, die mit 300 kW für Übergangswärme im Nahwärmenetz sorgt. Die mit Niedertemperaturkessel und bereits integrierten Hydraulikbauteilen ausgestatteten mobilen Heizzentralen ermöglichen den Anschluss des Resorts ans Heiznetz.

Ein großer Trend der zukünftigen Energiever-

sorgung ist die Versorgung über Nahwärmenetze. Die Energieerzeugung kann aus vielfältigen Kombinationen entstehen, z.B. aus thermischer Solaranlage, Photovoltaiktechnologie, Flüssiggas-Blockheizkraftwerk und CO₂-Wärmepumpe. Stets ist hier eine auf den individuellen Bedarf und die vor Ort vorhandenen Ressourcen abgestimmte Lösung möglich.

Zur temporären Energieerzeugung (Wärme + Strom) können sowohl Mobile Heizzentralen wie auch flüssiggasversorgte Mobile Stromerzeuger (mit und ohne Wärmenutzung) eingesetzt werden. Sehr interessant z.B. für Flüchtlings- oder Interimsunterkünfte. Kurzfristig verfügbar, bis zu 70 % günstiger als Strom oder Diesel und mit einem hohen Sicherheitsstandard ausgestattet, sind Amortisationszeiten von ein bis zwei Jahren möglich.



MEHR REGION. MEHR MÖGLICHKEITEN.
www.metropolregion-muenchen.eu

 METROPOLREGION
MÜNCHEN



BERTRAM KÖLSCH / BAYWA ENERGIE DIENSTLEISTUNGS GMBH:

ERFAHRUNGEN MIT HACKSCHNITZEL-HEIZWERKEN UND DEREN WÄRMENETZEN

Die Themen Klimaerwärmung, CO₂-Einsparung und Umweltschutz sind in aller Munde. Die Klimakonferenz von Paris hat den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen beschlossen. Von den Kommunen werden eine Vorreiterrolle und eine Vorbildfunktion erwartet. Erstellt wurden lokale Wärmekataster, Umweltkonzepte und Energiekonzepte, teilweise mit konkreten Handlungsempfehlungen. Es fehlen aber die Ressourcen zur Umsetzung, merkte Vertriebsleiter Bertram Kölsch an.

Häufig werde die Investitionshürde mangels Kapital oder Unsicherheit bezüglich der Maßnahmenwahl in die Zukunft geschoben. Die Folge: Kostensenkungspotentiale und CO₂-Minderungen werden nicht realisiert. „Wir nehmen Ihnen diese Hürde!“, machte Kölsch deutlich.

Die präzise Analyse der Kundensituation und die Berücksichtigung individueller Kundenwünsche sind Markenzeichen der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Das 100%ige Tochterunternehmen der BayWa AG bietet Contracting als cleveres Rundum-Sorglos-Paket an. Hier unterscheidet man zwischen Anlagen- und Betriebsführungs-Contracting.

ANLAGEN-CONTRACTING VS. BETRIEBSFÜHRUNGS-CONTRACTING

Während beim Anlagen-Contracting die BayWa Anlagen zur Nutzenergielieferung plant, finanziert, errichtet und betreibt (Vertragslaufzeit ca. 10 bis 20 Jahre, fest definierter Energiepreis, BayWa trägt Investitions-, Energieeffizienz- und Instandhaltungsrisiko) übernimmt das Unternehmen beim Betriebsführungs-Contracting den Betrieb der vorhandenen Energieanlage. Hier bleibt die Anlage im Eigentum des Kunden, die BayWa übernimmt das Energieeffizienzrisiko und es sind kürzere Vertragslaufzeiten – ab ca. 5 Jahre – möglich.

Das BayWa Contracting für Nahwärmeversorgungen garantiert die Wärmelieferung aus Holz-Brennstoffen und anderen CO₂-armen Wärmequellen. Die Heizzentralen befinden sich außerhalb der Ortsmitte. Die Einbindung aller Kundengruppen ist möglich. Die größere Dimension der Erzeugungsanlage fördert Effizienz, Emissionsverhalten und Wirtschaftlichkeit. Sehr gut geeignet ist der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und/oder Biomasse.

In punkto Ausschreibungen gab Kölsch den Ratschlag, sich die Vorplanungskosten zu sparen und auf ein „detailliertes Leistungsverzeichnis bis zur letzten Schraube“ zu verzichten. Stattdessen biete sich eine funktionale Ausschreibung an. Die Versorgungsaufgabe müsse klar beschrieben werden, zudem sei die konkrete Anlage durch den Contractor zu konzeptionieren. Sinnvoll sei es zudem, auf Restwerte oder Endchaftsregelungen zu verzichten und eine Wertung z. B. über Gesamtkosten und CO₂ zu verfassen.

POSITIVE BEISPIELE

Von dem breiten Spektrum an Leistungen konnten sich bereits zahlreiche zufriedene Kunden überzeugen. So setzt die Blumenhof-Klinik im oberbayerischen Bad Feilnbach auf Energie-Contracting der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Diese brachte die

Technik der Heizanlage für rund 500.000 Euro auf den neuesten Stand, rüstete auf den Betrieb mit Holzpellets um, liefert in den nächsten 15 Jahren Wärme und kümmert sich um Betrieb und Wartung aller Anlagen. Die Holzpellets-Heizung wird künftig nur noch im Notfall auf flüssigen Brennstoff zurückgreifen. Herzstück der sanierten Heizzentrale ist ein Holzpellets-Kessel mit einer Leistung von 550 kW. Bei Spitzenlasten arbeiten zwei heizölbefeuerte Niedertemperaturkessel mit. Die CO₂-Einsparung beläuft sich auf 780.000 kg pro Jahr.

Die Gemeinde Aying in Oberbayern wiederum besitzt ein eigenes Holzhackschnittel-Heizhaus und versorgt über ein kurzes Nahwärmenetz mehrere eigene Liegenschaften wie das Rathaus, die Feuerwehr und den Kinderhort. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH gewann im Rahmen einer Ausschreibung den Brennstoff-Lieferungs- und Betriebsführungsvertrag. Zum Einsatz kommen technisch getrocknete Hackschnitzel mit definiertem Restfeuchtegehalt.

WÄRME UND STROM

Das Hotel am Badersee unterhalb der Zugspitze wird vom Genossenschaftsverband Bayern e.V. als Akademie, Hotel und Restaurant geführt. Um die zukünftige Wärmeversorgung des Hotels wirtschaftlich und ökologisch sicherzustellen, wurden nicht nur neue effiziente Wärmeerzeuger eingesetzt und Unterstationen saniert. Ein Blockheizkraftwerk stellt in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung auch elektrische Energie bereit.

Die ehemalige Königlich Bayerische Oberpostdirektion in Bamberg stammt noch aus Kaisers Zeiten und wurde von 1904 bis 1907 gebaut. Heute dient die Immobilie als Verwaltungsgebäude für die Unterbringung mehrerer Behörden und Institutionen. Dass die erste Heizung eine Kohlenheizung war, bringt heute den Vorteil, entsprechend hohe Heiz- und Lagerräume im Keller zu haben. Ideale bauliche Voraussetzungen also für den Einbau einer modernen Pellet-Heizung.

In Parsberg (Oberpfalz) werden das Schulzentrum mit Turnhallen und Schwimmbad sowie das Krankenhaus, der Kindergarten und das Rathaus seit 2014 durch die Wärmelieferung aus Holz-Hackschnitzeln mit Heizwärme versorgt. Die Gesamtlänge des Wärmenetzes beträgt ca. 1,7 km. 2014 ging das Projekt auf die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH über. ■



Bertram Kölsch.



STEPHAN WEBER / COPLAN AG:

DER GENERALPLANER AM KUNDEN UND AM PROJEKT

Coplan ist ein unabhängiges Ingenieurunternehmen mit Sitz in Eggenfelden, das über langjährige Erfahrungen in den Bereichen Hochbau und Tiefbau verfügt. Die mittelständische Firma bietet nahezu alle Planungsgewerke am Bausektor und ist Vorstand Stephan Weber zufolge Partner von Bauherren für die gesamte Realisierungsphase von Baumaßnahmen.

Die Kunden von Coplan setzen auf die Generalplanung – nicht nur für die Gesamtprojektierung, sondern auch für Gewerkegruppen wie Hochbau und Konstruktion, Gebäudetechnik und Siedlungerschließung. Das Unternehmen bietet alle Architekten- und Ingenieurleistungen einzeln oder als Generalplanung an – in der gesamten Bandbreite bis hin zu komplexen Großprojekten.

Im Bereich Generalplanung stehen der Tief- und Hochbau sowie die Gebäudetechnik im Mittelpunkt. Noch umfassender sind die Fachbereiche in der Sparte Architektur und Konstruktion. Hierzu zählen der Hoch-, Industrie- und Städtebau sowie die Orts-, Grün- und Tragwerksplanung. Feste Bestandteile in der Modernen Gebäudetechnik sind die Fachbereiche Energietechnik, Energieberatung, Versorgungstechnik, Elektrotechnik, Mess-Steuer-Regeltechnik sowie Nachrichtentechnik.

Im Tiefbau hat sich das Unternehmen auf die Fachbereiche Abwassertechnik, Erschließung, Vermessung, Siedlungswasserwirtschaft, Ver-

kehrsanlagen, Wasserbau und Wasserversorgung spezialisiert. Der Kundenstamm des Unternehmens setzt sich zur Hälfte aus Industrie und Gewerbe zusammen, die andere Hälfte der Kunden entstammt der öffentlichen Hand.

FESTGELEGTE PROJEKTSTRUKTUREN

Als Generalplaner am Projekt hat man es laut Weber mit festgelegten Projektstrukturen zu tun. Die Bewertung des Ertrags ist projektbezogen. Ab Projektstart steht ein vollständiges Leistungsspektrum zur Verfügung. Relevante Fachbereiche werden frühzeitig eingebunden; Machbarkeitsstudien werden unkompliziert ohne zusätzliche Vertragsabschlüsse erstellt. Die Konzeptplanung erfolgt variabel und lösungsoptimiert.

Als Generalplaner am Kunden ist die Sichtweise völlig anders. Hier liegen eine längerfristige Zusammenarbeit und differenzierte Projektstrukturen vor. Die Bewertung des Ertrags ist kundenbezogen. Es gibt einen beständigen

Ansprechpartner, der Leistungsabruf ist aufgabenbezogen und das Projektteam arbeitet lösungsbezogen. Über die kundenspezifische Aufgabenstellung, die Prozesse, Entscheidungswege, Fabrikate, Lieferanten und Ansprechpartner herrscht Kenntnis.

„Infrastrukturmaßnahmen sind heutzutage höchst komplexe Maßnahmen“, erklärte Weber. Es gibt keine fachisolierten Betrachtungen; gesellschaftliche Zusammenhänge erfordern gesamtheitliche Konzepte sowie differenzierte Voruntersuchungen im Planungskontext und mancherlei Abwägungen. „Jeder will den Nutzen haben, keiner aber den Nachteil“, so der Coplan-Vorstand. Es gibt jede Menge Auflagen – von der Demografie über Wachstum/Rückbau, Flächenverbrauch und Konversion bis zu Nachhaltigkeit, Fauna-Flora-Habitat-Vorschrift und Energie.

ZAHRLICHE REFERENZEN

Coplan kann zahlreiche Referenzen vorweisen, unter anderem die Generalsanierung eines



Stephan Weber.



Gymnasiums in Eggenfelden. Die Leistungen des Ingenieurunternehmens umfassten dort die Bereiche Gebäudeplanung, Tragwerksplanung, Elektrotechnik, Versorgungstechnik und Freianlagen. Aufgrund des Umbaus während des laufenden Schulbetriebs teilte man die Gesamtmaßnahme in sieben Bauabschnitte auf, die im Zeitraum von 2002 bis 2012 etappenweise durchgeführt wurden.

HAFTUNGSRISIKEN

Der Generalplaner der Zukunft hat laut Weber auch Risiken in Kauf zu nehmen. Konkret geht es dabei um den Verlust der Unabhängigkeit, um Haftungsrisiken und die Gefahr, als Fachplaner an Bedeutung zu verlieren, da Investoren bzw. Betreiber möglicherweise selbst bestimmen. Demgegenüber werden Projekte größer und interessanter. Der Generalplaner kann sich den Marktanteil sichern, zudem ist er in der Lage, bei Auftrags- oder Kon-

junkturschwankungen flexibel zu reagieren.

PPP-MODELLE

„Aufgrund der finanziellen Situation werden PPP-Modelle in allen Varianten zunehmen“, prognostizierte Weber. Hierbei bestehe die große Gefahr, „dass in erster Linie Finanzierung und Betrieb entscheiden werden und nicht die technisch beste Lösung, weil der Planer an Bedeutung verliert“. Tatsache sei, dass letztlich die Interessen einer großen Planungsgesellschaft überwiegen und der Planer das schwächste Glied in der Kette sei.

Als weitere neue Anforderungen wurden größere, komplexere Bauvorhaben, der Nachwuchskräftemangel in Deutschland, neue Aufgabenstrukturen, Internationalität, Umweltschutz, nachhaltiges Bauen sowie Building Information Modelling angeführt. Hiervon verspricht man sich eine deutliche Verbesserung der Planungsqualitäten.

GANZHEITLICHE BETRACHTUNGSWEISEN

Für die Mitarbeiter sind künftig ganzheitliche Betrachtungsweisen, übergreifendes Fachwissen, Projektmanagement, Flexibilität, Kommunikation und die permanente Bereitschaft zur Weiterbildung ausschlaggebend. Chancen ergeben sich durch die Arbeit in einem erweiterten Kompetenzbereich, die Einbindung in Gesamtprozesse, durch mehrere Standorte, die Internationalität, interdisziplinäres Arbeiten und die Sicherung des Arbeitsplatzes.

Wichtig für eine aktive Kommunikation ist Transparenz. Zur Unterstützung der Kommunikation braucht es Medientechnik-Lösungen sowie Vernetzung und Flexibilität. Aufgrund der daraus resultierenden Zunahme des Arbeitsdrucks und der physischen Belastung wird Work-Life-Balance an Bedeutung gewinnen. ■

STEFAN RUMMEL / MESSE MÜNCHEN GMBH:

IFAT – WELTLEITMESSE FÜR KOMMUNALE UND STÄDTISCHE INFRASTRUKTUR

Mehr als 3.000 Aussteller aus über 50 Ländern, rund 135.000 erwartete Besucher, 230.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche – das sind die Kennzahlen der IFAT 2016, die vom 30. Mai bis 3. Juni auf dem Messegelände in München stattfindet. Die IFAT in München feiert heuer das 50-jährige Jubiläum ihrer Erfolgsgeschichte. Was 1966 mit der Internationalen Fachmesse für Abwassertechnik begann, ist laut Geschäftsführer Stefan Rummel heute eine Innovationsplattform für den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen.

Mit ihrem Messeprogramm bietet die IFAT die weltweit größte Fülle an Innovationen und Lösungen im Umwelttechnologiebereich. Klimawandel, steigende Rohstoffpreise, die zunehmende Anzahl an Megacities und die voranschreitende Industrialisierung in Schwellenländern verstärken die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für Umwelt- und Klimalösungen. Die Messe zeigt hier Strategien und Anwendungen, wie man Ressourcen in intelligenten Kreisläufen so nutzen kann, dass sie langfristig erhalten bleiben.

Gegenüber 2014 ist eine nochmals gestiegene Flächennachfrage zu verzeichnen. Bemerkenswert ist hierbei vor allem das Interesse der internationalen Unternehmen, die sich nicht nur vermehrt individuell beteiligen möchten, sondern auch über Gemeinschaftsstände ihren Weg in den Markt suchen.

Hochkarätig gestaltet sich das Rahmenprogramm mit Fachvorträgen, Länder- und Themenspecials, Podiumsdiskussionen und Ausstellerpräsentationen. In Kooperation mit dem

Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) organisiert die Messe München die Länderspecials Kanada, Südafrika, China und Lateinamerika Nord-Mexiko. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) beleuchtet den kroatischen Markt und gibt zudem in Zusammenarbeit mit German Water Partnership (GWP) einen Einblick in den türkischen, iranischen und indischen Markt.

SPECIALS DER ENTSORGUNGS-, ROHSTOFF- UND WASSERWIRTSCHAFT

Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) organisiert in diesem Jahr unter anderem Specials zu den Themen „Brand in der Recyclinganlage: Risiken und Schäden minimieren“, „Recycling von Anfang an: Gewerbeabfälle in der Praxis“ oder „Die Bedeutung der thermischen Behandlung in Deutschland – Müllverbrennung zwischen Ökologie und Ökonomie“.

BMUB BIETET VIELE THEMEN

Bei den Themenspecials des BMUB stehen neben „Sponge City – Überflutungs- und Trockenheitsvorsorge – Die wassersensible Stadt“, die Themen „EU-Special EU-Kreislaufwirtschaftspaket“, das „Wertstoffgesetz“, „Exportinitiative Umwelttechnologie“ und „Phosphorrecycling aus Klärschlamm – Wo



Stefan Rummel. ■

stehen wir und wie geht es weiter“ auf dem Programm.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) beschäftigt sich in seinen Vorträgen unter anderem mit „Abfall- und Recyclingtechnik erobert den Weltmarkt“ und „Altholzverwertung in der deutschen Sackgasse“. Das Thema „Waste to Energy“ wird in Kooperation mit dem Umweltcluster Bayern beleuchtet.

NACHHALTIGES WASSERMANAGEMENT

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nutzt die diesjährige IFAT, um seinen Förderschwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement“ (NaWaM) zu präsentieren. Die International Water Association (IWA) widmet sich in ihrem Special dem Thema „Water & Clean Tech: The innovations and technologies putting water and wastewater at the forefront of the Cleantech agenda“.

KOMMUNALE SCHWERPUNKTE

Als kommunale Themen im Rahmenprogramm benannte Rummel u.a.:

- Branchenleitfaden zum deutschen Nachhaltigkeitskodex für Unternehmen der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung
- Kommunale Wasserwirtschaft aktuell
- Flüchtlinge in Hamburg: Auswirkungen auf die kommunale Abfallwirtschaft
- Neues Konzept Recyclinghöfe
- Fachkräftenachwuchs in der Wasserwirtschaft
- E-Schrottsammlung in Depotcontainern
- Tag der Kommunen: Hochwasser- und Starkregenvorsorge in der Praxis
- Dienstleistungen für Kommunen und Straßenbetrieb.

In einzigartigen Live-Demonstrationen präsentiert die Weltleitmesse für Umwelttechnologien zudem Anwendungs- und Einsatzmöglichkeiten moderner Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge. So können in der „Trucks in Action“-Show des Verbands der Arbeitsgeräte- und Kommunalfahrzeug-Industrie e.V. (VAK) innovative Lösungen im Fahrzeugbereich bestaunt werden.

Erstmals in diesem Jahr wird gemeinsam mit der Gütegemeinschaft Abfall- und Wertstoffbehälter e. V. (GGAWB) das Handling von Unterflursystemen gezeigt. Außerdem wird eine Special Show geboten, bei der sich die Nutzfahrzeuge einer Geschicklichkeitsprüfung in extremen Geländepassagen unterziehen. Praxisvorführungen des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA) informieren darüber hinaus über die neueste Aufbereitungstechnik. Die Live-Demonstrationen zeigen die Zerkleinerung von Stammholz, Altholz und Grünschnitt. Die praktischen Anwendungen werden begleitet durch pro-

duktbezogene Interviews der Hersteller zu Leistungsparametern und Unternehmensfragen. Weitere Live-Demonstrationen gibt es zu

den Themen Autorecycling, Baustoffrecycling, Wasseraufbereitung, Hochwasserschutz, Berufswettbewerb und Zukunft Rohmetzbau. ■



VerbraucherService Bayern im KDFB e.V.:

MIT RAT UND TAT AN IHRER SEITE

Der VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. ist eine gemeinnützige Interessenvertretung für Verbraucherinnen und Verbraucher und steht für anbieterunabhängige Verbraucheraufklärung und nachhaltige Verbraucherbildung. Im Mittelpunkt der Arbeit des VerbraucherService Bayern steht der Schutz aller Verbraucherinnen und Verbraucher durch Abmahnung von Verstößen gegen Verbraucherschutzvorschriften und Formulierung von Forderungen an die Politik und Wirtschaft. Der Verband engagiert sich außerdem für die Vermittlung von Alltagskompetenzen, indem er alltagstaugliche Handlungsalternativen aufzeigt, damit sich die Verbraucherinnen und Verbraucher sach- und bedarfsgerecht entscheiden können. Leitbild ist der mündige Verbraucher, der informiert und kompetent als selbstbewusster Partner am Markt auftritt.

Der VerbraucherService Bayern setzt sich ein für die Anerkennung der Hauswirtschaft. Die Angebote stehen allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Der VerbraucherService Bayern ist eine Organisation des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) mit ca. 170.000 Mitgliedern in Bayern.

2016 feiert der VerbraucherService Bayern seinen 60. Geburtstag. Das Motto des Jubiläumsjahres „Gemeinsam gegen Plastik“ formuliert zugespitzt die Forderung nach verantwortungsvollem Konsum sowie nachhaltigem Umgang mit unseren Ressourcen. Im Rahmen des Jubiläumsjahres sucht der VSB kreative Ideen, wie man im Alltag auf Kunststoffe verzichten kann. Der Wettbewerb „Die beste Idee, Plastik zu vermeiden“ läuft noch bis zum 31. Dezember 2016. Es gibt tolle Preise zu gewinnen.

Teilnahmebedingungen und weitere Infos unter www.verbraucherservice-bayern.de/gemeinsamgegenplastik.

Der VerbraucherService Bayern bietet:

- Beratung in Verbraucher-, Ernährungs-, Finanz- und Umweltfragen
- Bildungs- und Vortragsveranstaltungen vor Ort
- Bundesweite Interessensvertretung in Gesellschaft und Politik
- Berufliche Aus- und Weiterbildung in der Hauswirtschaft
- 15 Beratungsstellen in Bayern



Staatsministerin Ulrike Scharf (2. v. l.), gemeinsam mit Anne-Marie, Constanze und Theresa von Hassel.

BEITRITT DER BAYERISCHEN GEMEINDEZEITUNG ZUR BAYERISCHEN KLIMAALLIANZ:

SELBST VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN UND ZUR NACHAHMUNG ANREGEN

Besonderer Premierentag für die Bayerische Gemeindezeitung in zweifacher Hinsicht: Die kommunale Fachzeitung veranstaltete nicht nur erstmals das Bayerische InfrastrukturForum, sondern trat als 35. Partner auch der Bayerischen Klima-Allianz bei.

Wie Umweltministerin Ulrike Scharf ausführte, bekenne sich die GZ damit zu ihrer Verantwortung für den Klimaschutz im Freistaat. Schon heute berichte sie über Themen und Projekte des erfolgreichen Bündnisses. Als Partner der Bayerischen Klima-Allianz leiste die Bayerische Gemeindezeitung einen wichtigen Beitrag zur Kommunikation und als Multiplikator klimarelevanter Themen sowie zur Verbreitung von fachlich fundierten Positivbeispielen aus den bayerischen Kommunen.

FOKUS IN DER BERICHTERSTATTUNG

Durch den speziellen Fokus in der Berichterstattung animiere die GZ die Entscheider in den bayerischen Kommunen, sich an geeigneter Stelle weiterführende Informationen einzuholen bzw. regte zur Nachahmung an.

Projekte der Bayerischen Klima-Allianz, welche die bayerischen Kommunen betreffen, fänden sich in der Bayerischen Gemeindezeitung wieder.

Scharf: „Die Bayerische Gemeindezeitung übernimmt Verantwortung. Ich freue mich, sie als offiziellen Partner der Klima-Allianz zu begrüßen.“ Die ohnehin bislang sehr gute Partnerschaft erfahre durch den Beitritt eine nochmals andere Dimension.

BEIM KLIMASCHUTZ AKTIV WERDEN

Nach den Worten der Ministerin schreitet der Klimawandel voran. 2015 sei das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gewesen. Zudem habe die Konzentration der klimaschädlichen Treibhausgase in der Atmosphäre einen Höchststand erreicht. Auch Bayern bleibe nicht verschont. „Wir er-

warten in Zukunft mehr Extremwetterereignisse, nassere Winter, trockenere Sommer. Nur wenn wir beim Klimaschutz gemeinsam noch aktiver werden, können wir unser Ziel erreichen und die Klimaerwärmung begrenzen.“ Darüber sei sich auch die Weltgemeinschaft einig. Dies habe der Weltklimagipfel in Paris Ende des vergangenen Jahres gezeigt. Aus einer Vision sei dort ein Vertrag mit rund 200 Ländern entstanden, die sich darauf verständigt hätten, die Klimaerwärmung einzudämmen.

NEUES BAYERISCHES KLIMASCHUTZPROGRAMM

„Dem Klimawandel gleichgültig gegenüberzustehen, ist sowohl aus ökologischen wie auch aus humanitären und ökonomischen Gründen nicht hinnehmbar“, machte Scharf deutlich. Bayern habe sich dieser Verantwortung schon sehr früh gestellt. 2015 und 2016 investiere der Freistaat 170 Millionen Euro in den Klimaschutz. Mit dem neuen Klimaschutzprogramm Bayern 2050 werde das europäische Klimaziel unterstützt, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95



Prozent zu reduzieren. Bis 2050 sollen die bayerischen Treibhausgasemissionen auf zwei Tonnen pro Einwohner und Jahr gesenkt werden. Derzeit betragen die Emissionen in Bayern noch sechs Tonnen; der Bundesdurchschnitt liegt bei neun Tonnen pro Einwohner und Jahr.

NETZWERK FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Die Bayerische Staatsregierung hat die Bayerische Klima-Allianz 2004 gemeinsam mit dem Bund Naturschutz gegründet. Die Partner der Klima-Allianz haben sich zum Ziel gesetzt, in einem breiten Netzwerk das Bewusstsein für das Thema Klimaschutz zu stärken, mit gemeinsamen Aktionen Verständnis für einen nachhaltigen Umgang mit knappen Ressourcen zu wecken und klimafreundliches Verhalten zu fördern. Die Partner der Klima-Allianz aus Umwelt- und kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Jugendarbeit, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft repräsentieren ein breites Spektrum der bayerischen Bevölkerung.

BEWUSSTSEIN SCHAFFEN

Die Bayerische Gemeindezeitung schafft laut Scharf durch ihre vielfältigen Kommunikationsmittel bei den kommunalen Entscheidern ein Bewusstsein für den Klimaschutz und Energiethemen. Diese Kommunikationsmittel setzen sich zusammen aus: Berichterstattung in der Zeitung, Internetauftritt www.gemeindezeitung.de, regelmäßiger Newsletter, Sonderveröffentlichungen, Sonderdrucke, Social-Media Kanäle (Twitter, Facebook, youtube), persönlicher Kontakt auf Fachforen und die Zusammenarbeit mit TV Bayern.

DIE TUGENDEN DES GUTEN JOURNALISMUS HOCHHALTEN

Wie GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel hervorhob, ist es dem Team der Bayerischen Gemeindezeitung ein besonderes Anliegen, die Tugenden guten Journalismus – und dazu die verlegerischen Leistungen in der analogen Welt – zu pflegen und sie mit ihren eigenen Angeboten in die digitale Welt zu tragen. Dabei hält man beim bayerischen Kommunal-Fachblatt die regionale Pluralität

hoch, die das Gemeinwesen prägt. Ziel sei es, „unsere Zielgruppe, die kommunalen Entscheider im Freistaat, auf ihrem Weg in die Ziele des Klimaschutzes zu begleiten und zu motivieren“. Gleiches gelte für Anzeigenkunden, GZ-Tagungsreferenten sowie Redakteure und Korrespondenten.

CHANCEN NUTZEN

„Wir glauben an das, was wir tun und wir möchten die Möglichkeiten und Chancen des Journalismus nutzen“, so von Hassel. Dabei habe die Trennung von objektivem Bericht und Kommentar hohe Priorität. Nur so könne die GZ ihren Lesern Hilfestellung bieten, damit diese sich eine eigene qualifizierte Meinung bilden können.

Eine kritische Öffentlichkeit mobilisierten heute auch Internet, Facebook und Twitter, fuhr die Verlegerin fort und stellte die Frage in den Raum: „Haben sich damit Zeitungen, Verlage und Verleger überlebt?“ Ihre Antwort: „Wer solche Fragen stellt, verkennt die hohe Bedeutung der verlegerischen Leistung für den demokratischen Dialog. Mich überzeugt das ‚Erklär mir die Welt in 140 Zeichen‘ der ‚Generation Twitter‘ ganz und gar nicht.“

DEMOKRATISCHE MEINUNGSBILDUNG BENÖTIGT ZEIT, RAUM UND SORGFALT

Demokratische Meinungsbildung benötige Zeit, Raum und Sorgfalt, auch und gerade in der Ausarbeitung, Aufbereitung und verlegerischen Präsentation von Diskussionsbeiträgen und Argumenten. Die „Like“- und „Dislike“-Kultur der elektronischen Medien verführe dazu, dass immer wieder Inhalte



gleicher Ausrichtung aufgerufen werden und die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen oder differenzierten Argumenten nicht mehr stattfindet.

„Wir wollen in die Bayerische Klima-Allianz eine journalistische Stimme einbringen, die in der kommunalen Familie gehört und – wie uns die Leserreaktionen immer wieder bestätigen – geschätzt wird“, unterstrich von Hassel. „Oder, wie es Alt-Bundespräsident Horst Köhler einmal gesagt hat: ‚Guter Journalismus lädt die Menschen ein, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen.‘ Die GZ werde diese Einladung auch in Zukunft immer wieder gerne und mit Nachdruck in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausprechen. ■

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung
Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: Bayerische Gemeindezeitung

Bereichsleitung Anzeigen: Constanze von Hassel

Bereichsleitung Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

www.gemeindezeitung.de · info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg



Constanze und Theresa von Hassel (v.l.).

